als eine bewußte Tatsachenentscheidung! Die russischen Proletarier hatten es nämlich gar nicht nötig, die Gewerkschaften zu zerschlagen, weil diese bis zum Abbruch der Revolution von 1905 illegal gearbeitet hatten und — soweit sie schon vorhanden waren — im Feuer der Revolution, durch die Wucht der einsetzenden Massenstreiks und politischen Auseinandersetzungen gezwungen waren, mit politischen Kampfparolen auf den Plan zu treten! Die Frage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts spielte zusammen mit der Vereins- und Versammlungsfreiheit im Anfangsstadium der Revolution 1905 eine wichtige Rolle und ließ die russischen Arbeiter nicht wie die deutschen nach dem Sturze des wilhelminischen Regimes nur in Lohnbewegungen sich ergehen, sondern zwang sie zu politischen Kämpfen mit dem Zarismus. Selbst die Organisationen der Angestellten- und Freien Berufe, vor allem aber die Gewerkschaft der Eisenbahner (die sich erst alle während der Revolutionsbewegung bis Ende April 1905 gebildet hatten), zwang die Revolution in den Bann politischer Auseinandersetzungen, die sich zu einem Machtkampf gegen die Kapitalistenklasse auswuchsen. Auch die Niederschlagung der 1905er Revolution und das Einsetzen des blutigen, zaristischen Willkür drängte die russischen Proletarier mit Ausnahme der Intellektuellen, nicht in den Sumpf kleinbürgerlicher Reformbestrebungen, sondern hielt sie im Gegenteil bei der illegal vorgenommenen Arbeit in revolutionärer Bahn. — Als die Revolution nach dem militärischen Zusammenbruch des Zarismus im Jahre 1917 sich wieder erheben konnte, ließen die russischen Industriearbeiter als Avantgarde des Proletariats die revolutionäre Tradition von 1905 neu aufleben, indem sie die Massen sammelten, um vertretende Institutionen in Form von Deputiertensowjets zu schaffen. Nichts von der Gewerkschaftspolitik des Paktierens mit dem Unternehmertum in den Arbeitsgemeinschaften kurz vor und in der Revolution, wie wir es in Deutschland täglich sahen, haftete den russischen Proletariern an und machte sie daher allmählich reif in dem Gedanken zur Ergreifung der politischen Macht, der Errichtung der proletarischen Diktatur. Die verhältnismäßig leichte Umstellung des russischen Gewerkschaftssystems auf den revolutionären Klassenkrieg beweist, daß es nicht konterrevolutionär war, und nicht zertrümmert werden brauchte, um ein Neues an dessen Stelle zu setzen. Rußlands blutjunge Gewerkschaften der Revolutionsepoche können also in keiner Beziehung verglichen werden mit den seit einem Menschenalter bestehenden, fest eingewurzelten und verknöcherten, reformistischen Gebilden und all ihren pilgrazischen Einrichtungen, wie es besonders die deutschen Gewerkschaften sind! Die sogenannten russischen Erfahrungen beweisen alles andere — nur nicht, daß es möglich ist, die reformistischen Organisationen vor dem Siege des Proletariats über die Bourgeoisie in Werkzeuge des revolutionären Klassenkampfes zu verwandeln. Die Taktik der Revolutionierung, konterrevolutionärer Gewerkschaften — das ist in Wirklichkeit keine Erfahrung des Rußlands der Oktober-Revolution, sondern ein kleinbürgerliches Produkt des Rußlands der antikommunistischen „Neuen Oekonomischen Politik"!

Die Klarheit über die nächstere Realität der Revolutionierungspolitik ist die Achse, um die sich die Diskussion der Entschiedenen Linken über das Gewerkschaftsproblem bewegen muß, wenn sie ein Resultat zeitigen soll, das mit den Grundauffassungen des revolutionären Marxismus im Einklang steht. Darüber hinaus müssen aber die Genossen der Entschiedenen Linken sich dessen bewußt sein, daß es eine positive Entscheidung über die Gewerkschaftsfrage zu fällen gilt, d. h. das Proletariat muß zur Beteiligung an dem konterrevolutionären Bannes der Amsterdamer Gewerkschaften ein revolutionärer Weg aufgezeigt werden!

Wirtschaft

Die Arbeitslosigkeit steigt

Das Berliner Arbeitsamt bequemt sich endlich dazu, die seit vielen Wochen steigende Arbeitslosigkeit für die Woche vom 14. bis 20. November endlich zuzugeben. Die Zunahme der bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Personen beträgt in der Berichtswoche 3628. Da bestimmte Saisonerscheinungen ihre Einflüsse geltend machen, ist die Lage zur Zeit wenig übersichtlich. Es waren 332 895 Personen bei den Arbeitsnachweisen des Landesarbeitsamtes Berlin eingetragen, gegen 229 267 der Vorwoche. Darunter befanden sich 148 359 (146 386) männliche und 84 536 (82 881) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 102 763 (103 136) männliche und 53 603 (53 339) weibliche, insgesamt 156 366 (156 475) Personen. Von der Erwerbslosenhilfe der Stadt Berlin wurden 36 522 (36 332) oder 190 weniger als in der Vorwoche unterstützt. Bei Notstandsarbeiten waren 8911 (8682) oder 229 mehr als in der Vorwoche beschäftigt. Die „Fürsorge" zahlt demnach in der Berichtswoche 3728 Erwerbslosen die Unterstützung entzogen. Dadurch sind „Arbeitsbeschaffungsprogramm" und „Krisenfürsorge" gleichermaßen illustriert.

Eine Streikbruchbilanz

Der deutsche Außenhandel im Oktober mit 110 Mill. Mark passiv.

Der deutsche Außenhandel ist im Oktober wieder passiv. Es beträgt der Einfuhrüberschuß im reinen Warenverkehr 110 Millionen RM. insgesamt 266 Millionen RM.

Es betrug in 1000 RM. nach Gegenwartswerten die

	Einfuhr Okt.	Einfuhr Sept.	Ausfuhr Okt.	Ausfuhr Sept.
Lebende Tiere[1])	15 691	14 435	1 202	802
Lebensmittel und Getränke	334 263	255 889	43 401	28 946
Rohstoffe und halbfertige Waren	484 497	438 304	232 590	224 175
Fertige Waren	155 665	114 791	602 569	528 447
Reiner Warenverkehr	990 116	823 419	879 762	836 370
Gold und Silber[2])	157 934	107 019	2 636	3 512
Zusammen:	1148 050	930 438	882 398	839 883

Es betrug in 1000 dz die

	Einfuhr Okt.	Einfuhr Sept.	Ausfuhr Okt.	Ausfuhr Sept.
Lebende Tiere [1])	141	134	1	1
Lebensmittel und Getränke	8 807	6 219	2 178	1 674
Rohstoffe und halbfertige Waren	30 607	29 300	59 141	60 304
Fertige Waren[3])	1 202	1 007	6 356	5 870
Waren aller Art[4])	40 757	36 720	67 676	67 848
Gold und Silber[2])	2	2	0	0

[1]) Ohne Pferde.
[2]) Nicht bearbeitet, Gold- und Silbermünzen.
[3]) Ohne Wasserfahrzeuge.
[4]) Reiner Warenverkehr.

Die reine Wareneinfuhr im Oktober zeigt gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 167 Millionen RM. Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken weist eine Zunahme um 78 Millionen RM. auf. Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren ist um 46 Millionen RM. die Einfuhr an Fertigwaren um 41 Millionen RM. gestiegen. Die Ausfuhr zeigt gegenüber dem Vormonat ebenfalls eine Belebung. Auch hier erstreckt sich die Zunahme auf alle Gruppen; es zeigen eine Steigerung: Lebensmittel und Getränke um 14 Millionen RM., Rohstoffe und halbfertige Waren um 8 Millionen RM. und Fertigwaren um 20 Millionen RM.

Die Oktober-Außenhandelbilanz weist also in der Ausfuhr wie in der Einfuhr eine Steigerung auf, sie ist aber trotzdem der Ausdruck der sich zuspitzenden Krise in Reinkultur. Nicht wegen ihrer Passivität um 110 Millionen Mark im reinen Warenverkehr, resp. um 266 Millionen Mark einschließlich Gold- und Silber. Die Passivität könnte eher als Aktivposten einer aufsteigenden Wirtschaftskurve angesehen werden, die die Ausfuhr übersteigende Einfuhr besteht zum Teil aus Rohstoffen und nur zu einem Teil aus Fertigfabrikaten. Das Minimum der Außenhandelsbilanz für Oktober als Gradmesser der Wirtschaftsprosperität liegt aber darin, daß die Ausfuhr, wenigstens soweit sie gestiegen ist gegenüber den Vormonaten überhaupt, zum größten Teile aus Kohlen besteht und demnächst aus Eisenhalbfabrikaten für den englischen Markt. Auch die geringfügige Ausfuhr-Steigerung in Fertigfabrikaten ist auf den englischen Streik zurückzuführen. Die Oktoberbilanz ist die typischste Streikbruchbilanz seit Ausbruch des englischen Streiks. Das wichtigste Merkmal der Oktoberbilanz ist, daß trotz aller Rationalisierung, trotz Millionenarbeitslosigkeit und überfüllter Warenmagazine auch die Einfuhr industrieller Fertigwaren gesteigert ist. Die durch die Kohlen- und Eisenindustrie geschaffene Kaufkraft kam nur zu einem geringen Teil den deutschen Konsumindustrien zugute, sie wurde aufgesogen durch die überlegene Technik Amerikas.

In England streiken über 1 Million Bergarbeiter und von den 151 Hochöfen vor dem Bergarbeiterstreik sind heute gerade 5 (fünf) Stück unter Feuer. Die Eisen- und Stahlfertigindustrien sind ebenfalls (und deshalb auch die Konsumindustrien) stark in Mitleidenschaft gezogen, trotzdem das deutsche Proletariat an Streikbruch das menschenmöglichste leistete und die Transportarbeitergewerkschaften vor lauter Konjunktur den Himmel voller Geigen sehen und sogar Lohnforderungen durchdrücken. Das Blatt beginnt sich aber schon zu wenden. Die englische Industrie wird mit Beginn des neuen Jahres nicht nur mit billigeren Löhnen und verschlechterten Arbeitsbedingungen verschärft auf dem Weltmarkt vorstoßen, auch die Fertigwarenindustrien sind sich jetzt schon darüber klar, daß sie ihren Arbeitern dieselben Bedingungen diktieren werden, zu denen die Grubenarbeiter geschlagen in die Schächte zurückkehren. Die neu gerüstete (auch technisch während der Arbeitsruhe gesteigerte) englische Industrie wird mit ihrem willigen lebendigen Produktionsmaterial die Preise auf dem Weltmarkt diktieren. Für die deutsche Industrie fällt nicht nur der englische Markt fort, sie wird auch auf dem Weltmarkt geschlagen. Die Reihe des Lohnabbaues erfaßt dann das deutsche Proletariat. Die Gewerkschaften werden dann — auf die englische Konkurrenz verweisend — willig ihre schmutzigen Hände bieten. Der niederwesender Druck auf die deutschen Arbeitsklassen wird die Folge der Indasrolle ihrer Gewerkschaften sein. Die Entwicklung der Wirtschaft wird dann notwendig die absteigende Linie weiter folgen, die sie vor dem englischen Streik hatte. Zu den abgebauten Löhnen und den verschlechterten Arbeitsbedingungen wird das Proletariat dann die Massenarbeitslosigkeit zu tragen haben.

„Gesundungskrise" in Frankreich

EP. Paris, 20. November. Infolge der Frankenhausse ist in verschiedenen Industrien bereits Arbeitslosigkeit eingetreten. Eine große Automobilfabrik von Paris hat heute 1800 Arbeiter entlassen. Eine andere, die täglich 200 Autos herstellt, hat während der letzten Woche nur ganze zwei Automobile verkauft. Auf eine Anfrage hat der Polizeipräsident von Paris erklärt, daß im Falle von größerer Arbeitslosigkeit die ausländischen Arbeiter ausgewiesen würden.

Aus der Bewegung

Die Liquidierung der AAU.-E.

In Göttingen hat vergangenen Sonntag eine Reichskonferenz der Gläubigen um Plempfert und Katz stattgefunden. Wie diese Reichskonferenz zu Stande kam, dazu folgende Illustration: In Berlin hat Katz ganze 5 Mann noch 5 Minuten vor zwölf zusammengebracht. Von diesen fünf die diesem „Spartakusbund" einige Tage vor der Reichskonferenz beitraten, hat Katz gleich 2 Delegierte bestellt. Die „AAU.-E. Groß-Berlin" stellte 6 Delegierte. Die Mitglieder, die die AAU.-E. in Berlin noch hatte, sind jedoch vordem von dem Bonzenfresser Plempfert ausgeschlossen worden, so daß die Delegiertenzahl der AAU.-E. ungefähr in demselben Verhältnis zur Mitgliederzahl steht, wie die der Katz-Richtung. Insgesamt waren 40 Delegierte vertreten, von denen nach diesem Wahlmodus jeder noch 1½ Mitglieder hinter sich hat. Wir brauchen wohl nicht erst betonen, daß die AAU. — wie es fälschlicherweise in die Presse lanciert wurde — mit dieser „Gründung" nichts gemein hat. Trotzdem hat Katz — wenn auch wider Willen — ganz gute Arbeit geleistet. Er hat die AAU.-E. so heillos kompromittiert, daß diese aus reiner Verzweiflung ihren Namen über Bord warf, um durch die kleine Schar um Katz die Lücken auszufüllen, die durch die Flucht der paar ehrlichen Proleten infolge der Kunststückchen der Plempfert und Katz entstand. Der Dritte im Bunde, der „Industrieverband für das Verkehrsgewerbe", ist kurz vor der Hochzeit untreu geworden. Die köstliche Naivität, daß eine Aenderung des Firmenschildes und eine Anleihe in der Vergangenheit politische Bankrotteure vor ihrem Schicksal bewahrt, gönnen wir den Totenbeschwörern. Wir sind nicht bösartig genug, um Verzweifelten, die in der Wahl ihrer Mittel nicht wählerisch sind, mildernde Umstände zu versagen. Wir wünschen diesem Bankert, dessen Geburt der AAUE. das Leben kostet, einen schmerzlosen Tod.

Um jeden ehrlichen Arbeiter wird gerungen

Die „Entschiedene Linke" bringt folgenden Brief ihrer Hagener Genossen zum Abdruck:

Werte Genossen!

In der Ortsgruppe Hagen haben sich unerhörte Vorgänge abgespielt. Die Genossen Paul Baumgarten, Walter Neuendorff und Hermann Walter wurden ausgeschlossen und zwar mit der Begründung, sie seien Verleumder usw.

Diese Vorgänge und unwahren Behauptungen riefen bei den Arbeitern Hagens eine ungeheure Empörung hervor. Jedenfalls war es dem Diktator Neubauer nicht klar, welche Auswirkungen diese unerhörten Maßnahmen der Bezirksleitung haben würden.

Ihr alle wißt, daß die obengenannten Genossen keine Verleumder sind, sondern daß sie stets ihre revolutionäre Pflicht getan haben, lange bevor die Kreutzburg, Neubauer und Genossen es unternahmen, den Bezirk Niederrhein mit Kanonenstiefeln niederzutrampeln.

Alle Leser der „KAZ."

bitten wir, uns Adressen einzusenden von Genossen, die evtl. Interesse für die „KAZ." haben.

Wir wollen Probeexemplare der „KAZ." an solche Genossen versenden.

Die Gegensätze haben in einer Mitgliederversammlung am 26. Oktober eine neue Zuspitzung erfahren. Der sogenannte Auch-Genosse Fritz Schnettler kämpfte dortselbst mit den „geistigen Waffen", die ihm eigen sind. Er schlug mit ohnen schwachen Argumenten ohne jede Veranlassung dem Genossen Diederich Rademacher die Schädeldecke ein.

Ein großer Teil der ehrlichen revolutionären Genossen in Hagen solidarisierte sich mit den Ausgeschlossenen nach diesen Vorgängen. Diese Genossen sind entschlossen, allen weiteren Angriffen der spalterischen Parteibürokratie unbeugsamen Widerstand engegenzusetzen.

Sie rufen Euch zu: Bis hierher und nicht weiter!

Genossen! Ihr dürft uns in unserem schweren Kampfe nicht allein lassen. Nehmt überall Entschließungen an und erklärt Euch mit den ausgeschlossenen ehrlichen Parteigenossen Hagens solidarisch.

Auch die Mehrheit des KJVD. Hagens hat sich mit den Ausgeschlossenen bereits solidarisiert.

Werte Genossen! Wir sind fest davon überzeugt, daß Ihr uns in unserem Kampfe als entschiedene linke Opposition tatkräftig unterstützen werdet.

Wir erbitten umgehend Nachricht an den Genossen Hermann Walter, Hagen, Eickestr. 13.

Mit kommunistischem Gruß
Entschiedene linke Opposition der KPD.
Ortsgruppe Hagen.

Proletarisches Notizbuch

Von der Hure des Kapitals. Wie jetzt bekannt wird, hat die Regierung im April des Jahres die „DAZ." mit dem gesamten Redaktionsstab gekauft, und seitdem finanziert.

Die KPD. als Gesetzfabrik. Die KPD. hat einen Gesetzentwurf für den Achtstundentag geschrieben, um ihn im Reichstag ablehnen zu lassen.

Die **„Krisenfürsorge"**. Amtlich wird mitgeteilt, daß das Gesetz über die Krisenfürsorge am 21. November in Kraft getreten ist. Die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit sowie alle anderen Vorbedingungen (!!), die für die reguläre Erwerbslosenfürsorge gelten, sollen geprüft werden.

Aufstand in Brasilien. Reuter meldet aus Buenos Aires, daß in Rio Grande do Sul offene Kämpfe zwischen meuternden und Bundestruppen ausgebrochen sind. Die Verluste an Toten und Verwundeten sollen sich auf 400 belaufen.

Die Klassenjustiz. Das Altonaer Schöffengerichte verurteilte drei Mitglieder des RFB. zu Gefängnisstrafen von je sechs Monaten.

Warschau, 19. November. IRH. Am 13. November verurteilte das Geschworenengericht in Tarnopol einen westukrainischen Kommunisten Bity wegen Hochverrat und Propaganda zur Losreißung Ostgaliziens von Polen zum Tode!

Typhus in Schlesien. Aus Seidenberg in Schlesien wird gemeldet, daß unter der Arbeiterschaft der Glasfabrik Losky in Oranienhütte 9 Typhuserkrankungen aufgetreten sind, von denen eine tödlich verlief.

Grubenunglück in Japan. Wie aus Tokio gemeldet wird, wurden bei einer Grubenexplosion 28 Bergleute getötet und verwundet.

Die erweiterte Exekutive der Komintern ist zu ihrer siebenten Tagung zusammengetreten. Synowjew wurde in seiner Abwesenheit formell abgesägt. Bucharin erklärte, daß die Komintern immer noch die Weltrevolution wolle. Die „Internationale" wurde laut provisorischem Bericht am ersten Tag dreimal gesungen. Die Exekutivsitzung wird genaue Anweisungen für die einzelnen Sektionen geben bezüglich der beschleunigten Reinigung der einzelnen Sektionen von kommunistischen Resten.

Mitteilungen

Wirtschaftsbezirkskonferenz Rheinland-Westfalen.

Am Sonntag, den 12. Dezember 1926, vorm. 9 Uhr, findet in Düsseldorf eine Bezirkskonferenz der KAPD. statt. Sämtliche Ortsgruppen müssen Delegierte schicken. Lokal ist im Rundschreiben bekanntgegeben.

Tagesordnung: 1. Wirtschaftliche und politische Lage und unsere Aufgaben. — 2. Die Krise der KPD. — 3. Erwerbslosenfrage. — 4. Organisatorisches. — a) Geschäftsbericht und Kassenbericht der Bezirksleitung. — b)Berichte der Ortsgruppen. — c) Verbindung. — d) Presse. — e) Agitation. — 5. Verschiedenes.

Mitteldeutschland und Sachsen.

Ortsgruppe Halle.

Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7,30 Uhr, im „Volkspark", Burgstraße: **Oeffentlicher Diskussionsabend.** — Thema: „Revolutionärer Parlamentarismus oder revolutionärer Klassenkampf, Gewerkschaften oder Union?" Alle oppositionellen KPD.- und RFB.-Mitglieder sind hierzu eingeladen.

Ortsgruppe Chemnitz.

Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7,30 Uhr, im Lokal „Sächsische Krone", Dresdener, Ecke Lessingstraße: **Oeffentlicher Diskussionsabend.** Thema: „Fachgewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union?" Sympathisierende sind willkommen.

Ortsgruppe Leipzig.

Jeden Donnerstag, abends 7,30 Uhr, **öffentliche Diskussionsabende** im „Schloß Lindenfels", Karl Heinestr. Referate und freie Aussprache über die brennendsten Fragen des Klassenkampfes.

Antrag zur Bezirkskonferenz.

Die Ortsgruppe Essen stellt den Antrag, den auf der vorletzten Bezirkskonferenz gefaßten Beschluß (1 Mk. Extrabeitrag pro arbeitendes Mitglied und Monat) abzuändern. Extrabeitrag ist in Zukunft nicht mehr an die Geschäftsleitung abzuführen, sondern wird den Ortsgruppen zwecks besserer Agitation überlassen. Ortsgruppe Essen.

Groß-Berlin

7. Bezirk. Sonnabend, den 27. 11. 26, abends 7,30 Uhr, Lokal Koch, Schillerstr. 75: **Mitgliederversammlung.** Referat: Politische Lage. **Erscheinen ist Pflicht.**

Charlottenburg. Jeden Dienstag, vormittags 10 Uhr: Sitzung der Erwerbslosen-Fraktion im Lokal Galvanistr. 7. Dortselbst werden die Beitragsmarken für die arbeitslosen Mitglieder geklebt. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Achtung! Moabit!

Der für Freitag, den 26. November angesetzte öffentliche Diskussionsabend findet 8 Tage später statt, am 3. Dez.

Für den Pressefond gingen ein: 17. Unterbezirk 10, Martin 0,50, Ortsgruppe Zittau 10.—, Lädecke, Hohen-Neuendorf 0,50, Luckert 0,50, O. Franke, Wriezen 1.—, Gen. Zinke 3.—, 6. Bezirk 2,50, 8. Bezirk 10.— Mark.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Schu, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isadorski, Berlin O. 17, Lausitzerstraße 79.

7. Jahrg. Nr. 94

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisation der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

November 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 528 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mk. Erscheint bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Neues Ablenkungsmanöver des ADGB.

Notgesetzentwurf zur Arbeitszeitverkürzung

Nach wochenlanger bombastischer Ankündigung ist nun endlich der Wortlaut des Notgesetz-Entwurfes des ADGB. und der SPD. veröffentlicht worden. Prinzipiell wird damit an dem bestehenden Zustande nichts geändert. Es sollen einige Paragraphen der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnung vom 21. Dezember 1923 unwesentlich geändert werden. Diese Verordnung hat bekanntlich dem famosen Washingtoner Abkommen — unter Aufhebung der hemmenden Demobilmachungsvorschriften den Achtstundentag durch allerlei Ausnahmen und Hintertüren zu jener kautschukartigen Formel gemacht, die zur „Friedensarbeitszeit" und Ueberstundenwirtschaft führte.

Im einzelnen läßt das Notgesetz die sogenannte „Arbeitsbereitschaft" gelten. Der Reichsarbeitsminister soll durch Ausführungsbestimmung feststellen, was als Arbeitsbereitschaft zu gelten hat. Der faktische 10- bis 12-Stundentag der Eisen- und Straßenbahner würde also selbst durch ein papiernes Gesetz nicht geändert. Auch der geltenden Verordnung kann der Achtstundentag in bestimmten Fällen um zwei, bzw. eine, Stunden nach „Anhörung" der Betriebsvertretung überschritten werden. Der gewerkschaftliche Entwurf will hier um den Herr-im-Hause-Standpunkt einen „wirtschaftsdemokratischen" Schleier legen: Durch Tarifvertrag und Vereinbarung mit der Betriebsvertretung, im Streitfall durch verbindlichen Spruch des gesetzlichen Schlichtungsausschusses, sollen die Arbeiter „pazifistischer" für Ueberschreitungen gewonnen werden. Sonst ist nur noch von Belang, daß Tarifverträge, die über das Gesetz hinausgehen, außer Kraft treten und daß der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Ausführungsbestimmungen zu diesem Musterexemplar gewerkschaftlicher Stützungsarbeit am Kapitalismus erlassen soll.

Doch die Unternehmer wollen selbst diese allerbescheidensten Reformchen — die eine gemeinsame Plattform der „freien", zeln und christlichen Gewerkschaften darstellen — nicht schlucken. Sie wollen nachweisen, daß diese unmöglich seien, daß nur „ein paar tausend Mann" mehr Arbeit bekommen würden und daß dadurch die Preise steigen, die Reallöhne und Kaufkraft sinken, damit die Arbeitslosigkeit steigen würde. Die Erfolge, die sie bereits errungen hätten, würden illusorisch und die deutsche Industrie würde auf dem Weltmarkt zurückgeworfen.

•

Erfolge der Rationalisierung und der Gewerkschaften.

Man sage nicht: Die Rationalisierung zeitigt keine Erfolge. Im Gegenteil! Gewerkschaften und SPD. sind im Unrecht, wenn sie über falsche Durchführung der Rationalisierung lamentieren. Allerdings darf man das Kapitalisten und ihre Werke nicht in erdentrückte, wesensfremde Phantasien von Volkswirtschaft, Allgemeinwohl und Volksstaat zu umhüllen versuchen. Grausam werden die Kapitalisten als Exponenten ihrer Klasseninteressen — des dreimal geheiligten Profits — diese Phantasien schöner Seelen (oder: gewissenloser Gauner) zerreißen. Sie verbuchen die Resultate der kapitalistischen Rationalisierung, die jene als schlechte beklagen, als ihre Erfolge: Die Arbeitsintensivierung und die Dauerarbeitslosigkeit; der Abbau der Reallöhne, sowie die Arbeitszeitverlängerung und Ueberstundenwirtschaft die den Kapitalisten mit der ohnehin angespannten Arbeitsleistung zur weiteren Herabsetzung des Lohnanteils am Produkt auf ein Minimum beginnt. Sie können diesen unerhörten Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft seelenruhig ausüben, weil sie an Stelle der zerstörten neue Kräfte aus dem unversiegbaren Reservoir der Massenarbeitslosigkeit setzen — und die Arbeiter selbst drängen, durch die elenden Hundelöhne dazu veranlaßt, nach „mehr Verdienstmöglichkeiten". Für die Kapitalisten sind die Rationalisierungserfolge um so größer, um so besser es ihnen gelingt, auf Kosten der Proletenknochen den Konkurrenzkampf auf dem krisenhaft verengten Weltmarkt zu bestehen und damit das Arbeiterelend in klingendes Gold umzumünzen.

Und die Gewerkschaften, die heute ein Indianergeheul „Zurück zum Achtstundentag!" anstimmen?) Waren sie es nicht, die im Verein mit der SPD. den Arbeitern die Rationalisierung — wie sie sie „meinten" — als Weg zu höheren Löhnen, verkürzter Arbeitszeit und allgemeiner Volkswohlfahrt schmackhaft und auch in Zukunft jeden Widerstand gegen die Rationalisierung — wie sie wurde — vereitelten? Ja! Dieselben, die heute nach altbekanntem Muster „Haltet den Dieb!" schreien — dieselben haben erst durch ihre bedingungslose Billigung und Förderung der kapitalistischen Rationalisierung ermöglicht, daß z. B. in der Textilindustrie die 60-Stundenwoche normal ist. Das Sündenkonto der Gewerkschaftsbürokratie — das bereits durch Ueberlaufen voll ist — erklärt sich aus deren gesellschaftlichen Verbundenheit mit der deutschen Bourgeoisie, die sie in den Mantel der Interessengemeinschaft zwischen der „Wirtschaft" und den Arbeitern zu kleiden versucht. Und das hat so lange Erfolg, bis die Arbeiter sich nicht mehr durch die periodischen Ablenkungsmanöver der Gewerkschaften verwirren lassen.

•

„Arbeitszeit-Verkürzung" — demokratischer Bluff.

Es ist immerhin möglich, daß dieser Entwurf — vielleicht auf dem Wege des Kuhhandels in noch verschlechterter Fassung — „Notgesetz" wird. Und der Erfolg für die Arbeiter und Arbeitslosen? Gleich null, nichts wird an ihrer Sklavenfron geändert! Für die SPD. wäre es ein Erfolg, weil sie dann mit scheinbar „arbeiterfreundlicher Tätigkeit um so geräuschloser in die Große Koalition hineinrutschen kann. Den Erwerbslosen ist damit dieses parlamentarische Arbeitszeit-Manöver unter dem Stichwort: „Arbeit für die Arbeitslosen" führt.

Ihnen ist aber auch damit nicht gedient, daß die KPD. bei dieser günstigen Gelegenheit einen Gesetzentwurf für Achtstundentag und 42-Stunden-Woche eingen der Arbeiterschaft kann wohl vorübergehende „Sympathien" bei den Massen und evtl. größere Wählermassen einbringen. Aber ändern kann er nichts. Im Gegenteil wird durch die Stärkung der demokratischen Illusionen die Selbstaktivität der Arbeitermassen noch mehr gehemmt. Nur wenn die Arbeiter, unbeirrt durch das Blendwerk der parlamentarischen Revuen, sich selbst aktiv in Bewegung setzen und wenn sie bereit sind, ihre proletarischen Kampfwaffen einzusetzen — nur dann können die bestehenden Machtverhältnisse geändert werden.

Solange die Arbeiter noch irgend etwas vom Parlament erwarten, kann sich ihr erbärmliches Los nicht ändern. Solange können sie immer noch in zugespitzten Situationen durch schöne Parlamentsbeschlüsse und geringe Zugeständnisse von der Abschüttelung ihres Loses als Arbeitstiere abgelenkt werden. Der „kommunistische" Gesetzentwurf fordert u. a.:

§ 7.

Weibliche Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen drei Monate vor und zwei Monate nach der Niederkunft von der Arbeit befreit sein. Schwangere Frauen dürfen im 5. und 6. Monat der Schwangerschaft nicht länger als 4 Stunden täglich beschäftigt werden. Für Mütter beträgt die Arbeitszeit bis zu einem Jahre nach der Niederkunft täglich sechs Stunden. Stillenden Müttern ist während der Arbeitszeit zweimal eine je halbstündige Stillpause zu gewähren.

Die Unternehmer sind verpflichtet, für die durch die Niederkunft und die Stillzeit bedingte Arbeitsaussetzung den vollen Arbeitsverdienst zu zahlen. Entlassung von Arbeiterinnen darf während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf des 12. Monats (Stillzeit) nicht erfolgen."

Soweit ganz schön und gut. Gesetzt den Fall: Die Kapitalisten würden um den Preis der Rettung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht vor der drohenden sozialen Revolution diesen § als kleineres Uebel schlucken. Was würde praktisch eintreten? Vergleichen wir einmal mit Rußland, wo nach den Angaben der orthodoxen Ekklesiahänger die Arbeiter herrschen — und selbst ihre Gesetze durchführen sollen.

Nach dem Bericht des „Trud" vom 20. August 1925 äußerte sich Tomski auf eine Anfrage von Meinhardt, („erste deutsche Arbeiterdelegation"), folgendermaßen über die zweischneidige Waffe des Frauenschutzes, wie das nun einmal vorkommt, wenn noch so wohlgemeinte Frauen- (und gleichfalls Jugend-) Schutzbestimmungen im Gegensatz zu den wirklichen ökonomischen Verhältnissen stehen. „Trud" schreibt:

„Anläßlich der Gewerkschaftsdebatte über die Frauenarbeit unter Tsarismus (Er hat Frauen unter Tag in Bergwerk gesehen.)"

Tscherinschow: Weist auf die Gesetzregelung hin, die das verbietet.

Tomski: „Ich möchte dem, was Gen. T. sagte, etwas hinzufügen. Die Frage der Frauenarbeit und der Erleichterung ihrer Arbeit ist eine zweischneidige Frage. Zum Beispiel wir haben seinerzeit uns dafür eingesetzt und auch durchgeführt. Das Verbot der Nachtarbeit der Frauen führte dazu, daß die Frauen von der Produktion verdrängt wurden. Das bedeutet? Das bedeutet, daß das Gesetz in Richtung des Schutzes der Frauenarbeit sich in eine Waffe der Verdrängung der Frauen verwandelt.

•

Die Moral der reformistischen Gesetzesschusterei.

Es ist für uns Arbeiter keine Streitfrage, daß die intensive Arbeitsantreibung selbst die achtstündige Arbeitszeit zur Tortur macht, daß sechs Stunden heute dem Kapitalisten soviel Mehrwert einbringen als vordem acht Stunden. Es ist weiter kein rühmliches Zeichen proletarischer Klassensolidarität, wenn Betriebsarbeiter nicht genug Uebersturnden schieben können, während ihre Arbeitsbrüder auf dem Straßenpflaster liegen. Aber darüber, wie wir aus dem Dreck herauskommen, muß die Arbeiterklasse zu Rate gehen, nachdem alle „Aktionen" der Gewerkschaften und Parlamentsparteien von einer Niederlage zur anderen geführt haben. Heute befindet sich der Kapitalismus in seiner krisenhaften Schlußphase. Heute steht das vertrustete Kapital der Arbeit als einheitliche politische und wirtschaftliche Macht gegenüber. Der „Kampf um den Achtstundentag" im hergebrachten parlamentarischen und gewerkschaftlichen Rahmen kann die Arbeiterschaft nur um eine neue Enttäuschung reicher machen.

Wollen die Arbeiter aber die ihnen zugedachte Rolle zu Heloten degradiert zu werden, abwehren, dann können sie ihren Kampf nur auf antiparlamentarischer und antigewerkschaftlicher Grundlage führen. Den Kampf um die 42-Stunden-Woche oder um andere Tagesfragen, die eben im kapitalistischen Staate nicht klebstet sind, wird sofort die geschlossene Front der Bourgeoisie gewappnet finden. Siegen kann das Proletariat nur, wenn es dann gleichfalls die solidarische Front aufrichtet und alle Kampfmittel, die ihm zur Verfügung stehen, einsetzt gegen die Machtorgane der bürgerlichen Republik und ihre reformistischen Lakaien.

Das notwendige organisatorische Fundament ist der Zusammenschluß der klassenbewußten Arbeiter in der AAU. Mögen dann die parlamentarischen Hampelmänner noch so „arbeiterfreundliche" Gesetze schustern: sie werden die zur revolutionären Erkenntnis gekommenen Arbeiter nicht mehr blufen; es geht doch der Bourgeoisie an Kopf und Kragen. Um die soziale Revolution kommen die Arbeiter nicht darum.

Politische Rundschau

Deutsche Außenpolitik u. Wehrverbände

Es sind wieder verschiedene Reden geredet worden. Stresemann hat über das Verhältnis zu Frankreich gesprochen; er mußte sich bitter beklagen: Die Räumung des Saargebietes ist noch nicht zu erwarten, ebenso schleicht sieht es mit dem Abbau der Militärkontrolle. Stresemann hat schon seine Sorgen. Es ist nicht leicht, Außenminister in einem Lande zu sein, daß durch die Entwaffnung keine große Macht repräsentiert und Erfüllungspolitik treiben muß. Und das besonders durch die amerikanischen Kredite sein Blut schneller zirkulieren läßt und sich ein wenig stärker fühlt.

Danach ist auch das Echo aus Paris. Daß Stresemann sozusagen im innerpolitischen Interesse Unwahrheiten über die französischen Zugeständnisse von Thoiry erzählte. Warum man denn die Franzosen sich nicht selbst überzeugen lassen will, daß die völlige Entwaffnung durchgeführt ist. Daß höchstens eine Erleichterung der Besatzung und Militärkontrolle in Frage kommt.

Das hat sich was: die deutsche Bourgeoisie steuert auf Verständigung mit Frankreich hin. Frankreich will auch Verständigung, aber es sieht an verschiedenen Zeichen schon die kommende deutsche Revanche und will sich sichern. Deutschland will aber auch nicht eine untergeordnete Rolle spielen, sondern Ellbogenfreiheit erlangen. Darum muß die „friedliche Gesinnung" stark herausgekehrt werden.

Stresemann schickt also Geßler vor. Nebenbei bemerkt: beide haben sich nichts vorzuwerfen. Geßler ist schon eine halbe Ewigkeit Wehrminister und hat das Talent, alle Lagen mit einer unübertrefflich markierten Naivität kunstgerecht zu meistern. Und Stresemann kann heulen wie ein Wolf und sanft sein wie ein Schaf. Er hat die beste Qualifikation für den Außenminister. Nicht umsonst hat er gerade auf eine wissenschaftliche Abhandlung über Flaschenbier die Doktorwürde erzielt. Also: Geßler geht „auf Veranlassung des Reichsaußenministers" auf die Denkschrift Maurahns ein und reitet zur Abwechslung eine schneidige Attacke gegen die Wehrverbände. Den General Watter, bekannt aus dem Kapp-Putsch, erklärt er für verrückt; bald er 1923 gegen Frankreich gerüstet, ist Rußland in den Krieg ziehen wollte. Geßler lehnt selbst jede Gemeinschaft mit solchen Plänen ab.

Nun, Seeckt ist auch nicht umsonst gegangen worden; er war im Reichswehrministerium einer der stärksten Befürworter der Ostorientierung. Heute steht die Verständigung mit Frankreich auf der Tagesordnung. In den weiteren Verhandlungen wird man schon den Kern der Sache herausschälen. Der kapitalistischen Verständigung muß das Proletariat seine internationale Front gegenüberstellen!

Die Sachsenkomödie

Der Krampf der „revolutionären" Ministerlinge.

Im neuen sächsischen Landtag ist bereits ein ganz fürchterlicher Kampf — um die Sessel entbrannt. Wie die Böttcher-Clique dort „kämpft", zeigt so recht ein Bericht des „Vorwärts":

Dresden, 25. November. Am heutigen Donnerstag fand die erste Sitzung des neugewählten Sächsischen Landtages statt. Mit 89 von 96 abgegebenen Stimmen wurde der bisher der Sozialdemokratischen Partei vorgeschlagene Genosse Schwarz zum Präsidenten des Landtages gewählt. (Die KPD. stimmte also dafür!)

Für den Posten des ersten Vertreters des Landtagspräsidenten wurde vorgeschlagen der Kommunist Lieberasch und der Deutschnationale Dr. Eckhardt. Kommunisten und Deutschnationale haben die gleiche Anzahl von Mandaten. Es wurde mit 51 gegen 44 Stimmen der deutschnationale Dr. Eckardt gewählt. Für Dr. Eckardt stimmten die Bürgerlichen und die wir. Abgeordneten der alten Sozialdemokratischen Partei. Für Lieberasch stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten.

Für die Wahl des zweiten Stellvertreters des Vorsitzenden waren vorgeschlagen der deutschnationale Abgeordnete Hickmann und der Kommunist Lieberasch. Der Posten hätte den Kommunisten gegeben werden müssen, weil die Kommunisten 14 Mandate haben, die Deutsche Volkspartei aber nur 10. Der Abg. Wirth von der alten Sozialdemokratischen Partei erklärte jedoch, daß diese für einen Kommunisten als Präsidenten nicht stimmen könnte, und zwar deshalb nicht, weil die Kommunisten Gegner des Parlamentarismus seien. Genosse Böchel entgegnete darauf, daß sie dann auch nicht die einen Deutschnationalen stimmen könnten. Bei der Wahl wurde der Volksparteiler Hickmann mit 47 bürgerlichen Stimmen gegen Lieberasch der die 44 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten erhielt, gewählt. Die vier Mann von der alten Sozialdemokratie enthielten sich der Abstimmung.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 30. November, statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten.

Der revolutionäre Kaltblut ist also so schnell nicht zu haben. Der Landtagsabgeordnete Ewert von der KPD. ist wieder nach Moskau gereist, kam, hatte die Ehre, Stalin zu sehen, wie in Mecklenburg. Dort holte man die KPD-Abgeordneten aus dem Gefängnis — damit sie ihre Stimme für die bürgerliche Regierung abgeben konnten. In Sachsen wird die SPD. für die Freilassung Ewerts stimmen — und die KPD. für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. — Und beide haben ihre „Erfolge", und richten sich im neuen Landtag gemütlich ein. Schließlich wird diese Schwefelbude ja nicht umsonst vom Kapital bezahlt, sie müssen schon beweisen, daß sie das Handwerk des Arbeiterbetrages verstehen. Und sie verstehen es in der Tat nur zu gut.

Verschwiegene „Erfolge"

Die KPD. „erkämpft" einen sozialdemokratischen Bürgermeister.

Der „Vorwärts" vom 25. 11. (Morgenausgabe) meldet:

„Die gestrige Bezirksverordnetenversammlung in Spandau wählte den bisherigen Vorsitzenden ihrer Versammlung, Genossen Münsinger, zum stellvertretenden Bürgermeister". Die bürgerlichen Fraktionen, Zentrum, Demokraten, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, argumentierten gegen diese Wahl mit der Begründung, daß für diesen Posten nur ein Jurist in Frage kommen könne und auch der erwünschte Abbau des Bezirksamts dadurch verhindert werde. Die sozialdemokratische Fraktion war mit der kommunistischen dahin übereingekommen, für die Wahl ihres vorgeschlagenen Kandidaten gemeinsam zu stimmen, der dann mit zwei Stimmen Mehrheit gewählt worden ist."

Die „Rote Fahne" verschweigt schamhaft diesen neuesten „Erfolg". Dafür füttert sie ihre Leser mit folgenden Phrasen:

„Der Verrat der Sozialdemokraten ist heute größer als im August 1914, weil sie damals auf dem Standpunkt der Verteidigung des nationalen Kapitalismus standen, aber jetzt nicht mehr die nationale System des Kapitalismus, sondern grundsätzlich das gesamte Weltsystem des Kapitalismus verteidigt."

„Als fortschrittliche Arbeiterbewegung ist die Sozialdemokratie bankrott, aber nicht als Helfer der internationalen Konterrevolution."

„Die eigentliche Maschine der Konterrevolution ist nicht die staatliche Gewaltorganisation, sondern die staatliche Gewaltorganisation plus Sozialdemokratie, der weiße Terror plus Reformismus."

Diese Sätze stehen in Fettdruck in den Referaten Bucharins und Kusinens, in der „Roten Fahne" vom 25. und 26. November. Der Widerspruch zwischen der revolutionären Phrase und der konterrevolutionären Praxis dieser Partei ist also so offensichtlich, daß jedes weitere Wort nur eine Abschwächung der grenzenlosen Verlogenheit und Demagogie Moskaus wäre.

Steigende Arbeitslosigkeit im Reich

WTB. Berlin, 26. November. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge ist in der ersten Novemberhälfte nahezu unverändert geblieben. In der genannten Zeit ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 060 000 auf 1 077 000 gestiegen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger aber von 240 000 auf 237 000 zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger am 15. November 1926 betrug 1 314 000 gegenüber 1 300 000 am 1. November. Die Steigerung beträgt also 0,4 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige) ist von 1 353 000 auf 1 387 000 gestiegen.

•

Diese Milchmädchenrechnung des Reichsarbeitsministeriums wird schon stimmen. Die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger ist um 300 gesunken, die der männlichen um 9000 gestiegen. Wir haben widerholt an der Berliner „Statistik" nachgewiesen, daß die Ziffern der von der „Fürsorge" Ausgesteuerten stets das mehrfache der in Arbeitgetretenen betrug. Die Steigerung der wirklichen Arbeitslosenziffer im Reich kann deshalb sehr leicht viel höher sein. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit ist der ersten Novemberhälfte gewinnt für die Wirtschaftslage eine um so größere Bedeutung, als zu dieser Zeit die Streikbruchkonjunktur die Einstellung von Arbeitern in der Montanindustrie sowohl wie in der Schwer- und Fertigindustrie nötig machte und infolge des schönen Wetters Bau- und Erdarbeiten noch in vollem Gange waren. Die Statistik des Reichsarbeitsministeriums muß immerhin einen Blick in den kommenden Winter zu.

Krassin gestorben

Der russische Botschafter am königlichen Hof in London, und Mitglied des Zentralkomitees der KPSU., Leonid Borossowitsch Krassin, ist, 56 Jahre alt, an Herzschlag verstorben. Mit Krassin scheidet wieder einer der alten bolschewistischen Garde aus dem Leben.

Krassin wurde 1870 in Kurzan in Sibirien als Sohn einer Beamtenfamilie geboren und kam schon als siebenjähriger Student in die sozialistische Arbeiterbewegung. Im Jahre 1891 wird er von der Petersburger Technischen Hochschule wegen „revolutionäre Umtriebe" relegiert und 1894 durch Gerichtsurteil nach Sibirien verbannt.

Bei der Spaltung der Russischen Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1903 in eine reformistische (menschewistische) und revolutionäre (bolschewistische) ging er zu der letzteren. Die Revolution von 1905 fand ihn an der Spitze der Partei, in deren Zentralkomitee er die illegale Beschaffung von Waffen und Munition besorgte, wie er überhaupt an der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes den hervorragendsten Anteil nahm.

Während der Jahre 1904-1905, der Zeit des russisch-japanischen Krieges, war Krassin Ingenieur in Baku. Hier hatte er die eigentlichen Fäden der intellektuellen Befruchtung der russischen proletarischen Intelligenz und des großen revolutionären Intellektuellen-Anhanges in der Hand. In Baku war es ihm nämlich gelungen, eine illegale Druckerei zu errichten, in der das in der Schweiz redigierte und gedruckte Parteiorgan, die „Iskra", vervielfältigt und in vielen tausenden Exemplaren in das weite Reich verschickt wurde.

Die Duplikat-Iskra, die in viel größerer Auflage in Rußland verbreitet werden konnte als das Original, war der eigentliche zirkulierende Faden der russischen Revolution von 1905 Leben einhauchte und ihr Gestalt gab.

Nach der Niederschlagung der Revolution wurde Krassin wiederholt verhaftet und verfolgt. Dazu kam ein Zerwürfnis mit Lenin und anderen führenden Persönlichkeiten der bolschewistischen Partei wegen des Liquidationsprinzips u. der Taktik, wie überhaupt wegen der Grundsätze der Partei. Lenin sah in den Scheinrechten, in der „Konstitution" und in dem „konstitutionellen" Parlament die anbrechende Demokratie, die es den Bolschewisten ermöglichte, legal zu arbeiten und eine orderliche geschlossene Partei mit streng zentralistischer Spitze („oben ganz schmal, unten sehr breit") zu organisieren. Lenin und die Partei war für die Beteiligung am Parlament, der bekannten ominösen, aber ebenso illusionären „revolutionären" Tribüne. Krassin sah die „Konstitution" als Beruhigungsmittel an, als Ablenkungsmanöver, um den Massen die Revolutionserrungenschaften auf hinterlistige Weise abzuknöpfen. Er hatte sich darin nicht geirrt. Er sah die hereinbrechende Reaktion, die notwendig die illegale Vorbereitung zu neuen bewaffneten Aufständen erfordere und dazu als Voraussetzung die Masseninitiative, die Verselbständigung von unten, um die Massen auf eigene Füße zu stellen. Aus diesen Erwägungen heraus war er als Praktiker der Arbeiterbewegung für reinliche Scheidung vom Reformismus und Opportunismus und verwarf den Parlamentarismus. Zu der Verfolgung durch die zaristische Polizei setzte der Kampf der führenden Köpfe der eigenen Partei gegen Krassin ein. Er ging nach dem Auslande.

Von 1908 ab war Krassin Ingenieur in Berlin bei Siemens und Halske. Hier war er aus der sozialistischen Bewegung vollständig ausgeschieden. Irgendwelche Verbindung mit Parteikreisen oder mit sozialistischen Intellektuellen sind aus dieser Zeit auch denen nicht bekannt, die Krassin beobachten konnten und Verkehr mit den in Betracht kommenden Kreisen hatten. Es mag dies seine Ursache in seiner wirtschaftlich wenig gefestigten Position, viel mehr aber wohl in seinem Zerwürfnis mit der ins reformistische sich bahnenden Arbeiterbewegung zu suchen sein.

Der Ausbruch der zweiten russischen Revolution fand Krassin in Stockholm, wohin er sich bei Kriegsausbruch begab. Von hier gilt dasselbe wie von seiner Berliner Zeit. Mit dem Siege der russischen Revolution war er wieder in Rußland und seitdem aktiv für die Regierung tätig. Im Jahre 1920 schloß er den ersten Handelsvertrag Rußlands und zwar mit England in London ab. Er war dann russischer Botschafter in Paris und zuletzt in Locarno.

Krassin ist seit 1917 den Wege gegangen den Lenin ging, den notwendig alle Staatsmänner einer aufsteigenden Klasse gehen müssen, die Prinzipien vertreten und Ziele verfolgen sollen in einem Wirtschaftssystem, daß für diese Ziele und für die Verwirklichung der Prinzipien ihrer Klasse noch nicht reif ist. In solcher Situation bleibt für die Staatsmänner der aufsteigenden Klasse nur zweierlei übrig: sich dem Diktat der noch mächtigen alten Herrschaftsschicht fügen, deren Interessen vertreten, die Interessen der eigenen Klasse verraten, oder der einzelnen Weg, im revolutionären Kampf um die eigenen Ziele einzugehen, um so der aufstrebenden aber noch unreifen Klasse ein leuchtendes Beispiel zu geben. Die Bolschewiki und Krassin gingen den zweiten Weg. Krassin hat dadurch seine revolutionären Taten aus dem Almanach der proletarischen Revolution wieder gestrichen und ein Denkmal beim revolutionären Proletariat verwirkt.

Die Streikbruchkonjunktur

Der Sozialdemokratische Pressedienst berichtet über die Gewinne, die das Kohlenkapital an der Ruhr durch den englischen Streik mit Ueberschichten aus den Proleten herausgepreßt hat:

„Die Nachfrage beim Kohlensyndikat übertrifft in den letzten Tagen alle bisherigen Anforderungen. Für Bunkerkohle werden in niederländischen Häfen zur Zeit Phantasiepreise bezahlt. Der offizielle Preis von 70 Schillinge pro Tonne übersteigt die Aprilpreise bereits um das Vier- bis Fünffache. In Duisburg hört man erzählen, daß für prompte Lieferung von Bunkerkohle in Rotterdam unter der Hand bis zu 90 Schillinge für die Tonne bezahlt worden sind. Das Schiebergeschäft blüht. In allen möglichen Transporten wird Kohle über die nächstgelegenen holländische und belgische Grenze verschoben. Besonders krasse Mißstände sollen an der belgischen Grenze herrschen. Der Ruhrbergbau steht im Zeichen der eigentlichen Fäden der intellektuellen Befruchtung der russischen proletarischen Intelligenz und des großen revolutionären Intellektuellen-Anhanges in der Hand. In Baku war es ihm nämlich gelungen, eine illegale Druckerei zu errichten, in der das in der Schweiz redigierte und gedruckte Parteiorgan, die „Iskra", vervielfältigt und in vielen tausenden Exemplaren in das weite Reich verschickt wurde.

Die Duplikat-Iskra, die in viel größerer Auflage in Rußland verbreitet werden konnte als das Original, war der eigentliche zirkulierende Faden der russischen Revolution von 1905 Leben einhauchte und ihr Gestalt gab.

Nach der Niederschlagung der Revolution wurde Krassin wiederholt verhaftet und verfolgt. Dazu kam ein Zerwürfnis mit Lenin und anderen führenden Persönlichkeiten der bolschewistischen Partei wegen des Liquidationsprinzips u. der Taktik, wie überhaupt wegen der Grundsätze der Partei. Lenin sah in den Scheinrechten, in der „Konstitution" und in dem „konstitutionellen" Parlament die anbrechende Demokratie, die es den Bolschewisten ermöglichte, legal zu arbeiten und eine orderliche geschlossene Partei mit streng zentralistischer Spitze („oben ganz schmal, unten sehr breit") zu organisieren. Lenin und die Partei war für die Beteiligung am Parlament, der bekannten ominösen, aber ebenso illusionären „revolutionären" Tribüne. Krassin sah die „Konstitution" als Beruhigungsmittel an, als Ablenkungsmanöver, um den Massen die Revolutionserrungenschaften auf hinterlistige Weise abzuknöpfen. Er hatte sich darin nicht geirrt. Er sah die hereinbrechende Reaktion, die notwendig die illegale Vorbereitung zu neuen bewaffneten Aufständen erfordere und dazu als Voraussetzung die Masseninitiative, die Verselbständigung von unten, um die Massen auf eigene Füße zu stellen. Aus diesen Erwägungen heraus war er als Praktiker der Arbeiterbewegung für reinliche Scheidung vom Reformismus und Opportunismus und verwarf den Parlamentarismus. Zu der Verfolgung durch die zaristische Polizei setzte der Kampf der führenden Köpfe der eigenen Partei gegen Krassin ein. Er ging nach dem Auslande.

Von 1908 ab war Krassin Ingenieur in Berlin bei Siemens und Halske. Hier war er aus der sozialistischen Bewegung vollständig ausgeschieden. Irgendwelche Verbindung mit Parteikreisen oder mit sozialistischen Intellektuellen sind aus dieser Zeit auch denen nicht bekannt, die Krassin beobachten konnten und Verkehr mit den in Betracht kommenden Kreisen hatten. Es mag dies seine Ursache in seiner wirtschaftlich wenig gefestigten Position, viel mehr aber wohl in seinem Zerwürfnis mit der ins reformistische sich bahnenden Arbeiterbewegung zu suchen sein.

Der Ausbruch der zweiten russischen Revolution fand Krassin in Stockholm, wohin er sich bei Kriegsausbruch begab. Von hier gilt dasselbe wie von seiner Berliner Zeit. Mit dem Siege der russischen Revolution war er wieder in Rußland und seitdem aktiv für die Regierung tätig. Im Jahre 1920 schloß er den ersten Handelsvertrag Rußlands und zwar mit England in London ab. Er war dann russischer Botschafter in Paris und zuletzt in Locarno.

Krassin ist seit 1917 den Wege gegangen den Lenin ging, den notwendig alle Staatsmänner einer aufsteigenden Klasse gehen müssen, die Prinzipien vertreten und Ziele verfolgen sollen in einem Wirtschaftssystem, daß für diese Ziele und für die Verwirklichung der Prinzipien ihrer Klasse noch nicht reif ist. In solcher Situation bleibt für die Staatsmänner der aufsteigenden Klasse nur zweierlei übrig: sich dem Diktat der noch mächtigen alten Herrschaftsschicht fügen, deren Interessen vertreten, die Interessen der eigenen Klasse verraten,

Klara Zetkin über den Kapitalismus in Rußland

Moskau arbeitet anscheinend nach der Devise, so viel über den „Sozialismus" in Rußland zu produzieren, daß jeder Proletarier, der versucht, sich in den Bergen von Material zurechtzufinden, einfach verzweifelt. So hat auch Klara Zetkin in der „Kommunistischen Internationale" eine Reihe von Artikeln gegen das Memorandum der Urbahns-Gruppe losgelassen. Der gezogen das Memorandum der Urbahns-Gruppe losgelassen. Der gezogen das Memorandum der Urbahns-Gruppe losgelassen. Der Proletarier, der es nun über sich bringt, diesen verzweifelten Ringkampf, den die Schreiberin mit sich selbst führt, bis zu Ende zu verfolgen, wird von Klara Zetkin in Heft 4 mit folgenden Sätzen belohnt:

„Der Ausgangspunkt dieser Maßnahmen (Legalisierung der Lohnarbeit und Landverpachtung) ist die Tatsache — selbst die schönsten oppositionellen und utralinken Redensarten können sie nicht aus der Welt schaffen —, daß der Sowjetstaat heute nicht in der Lage ist, um allen Dorfarmen die Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind zur Bewirtschaftung ihres Nutzungsanteils an dem nationalisierten Grund und Boden. Die Folge ist wirtschaftlicher Abbau seitens der meisten Dorfarmen von den bezüterten Bauern, die Wenn Pferd, Arbeitsgeräte, Sämereien und anderes leihen oder die auch das Land der Armen bestellen, natürlich gegen Zins oder Arbeitsleistung in der Wirtschaft des Kulaken bzw. Anteil am Bodenertrag. Pacht und Lohnarbeit bestehen in Wirklichkeit fort als Ausnutzungsmittel des wohlhabenden Bauern über Grund und Boden und treuste Arbeitskraft. Doch zur Zeit, als Verwendung von Lohnarbeit sowie Bodenpacht gesetzlich untersagt war, hielt sich der Kulak für das Gefahrenrisiko des gesetzwidrigen Verhältnisses von vornherein dadurch schadlos, daß er für seine Hilfe den armen Nutzer doppelt und dreifach auspreßte. Die Legalisierung der Pachtung und Lohnarbeit eröffnet sicherlich Möglichkeiten, daß diese die Kulaken reicher werden können. Gleichzeitig schafft sie jedoch Voraussetzungen, daß die Armen im Dorfe günstigere Verpachtung erkämpfen, oder als agrikole Lohnarbeiter sich gewerkschaftlich organisieren. Auf die eine und die andere Weise können sie erfolgreich gegen die Ausbeutung durch die Kulaken ankämpfen. Denn eins kommt bei der Beurteilung der Frage in Betracht. Die ungeordneten Neuerungen wirken sich nicht in der Luft einer bürgerlichen Revolution und eines Bourgeoisiestaates aus, vielmehr im Verlauf einer proletarischen Revolution und in einem Staate der proletarischen Diktatur. Das bedeutet einerseits eine Garantie für wirtschaftliche und politische Maßnahmen der Sowjets zum Schutze der Besitzlosen und Wenigbegüterten im Dorfe, kraftvolle Unterstützung zur Entfaltung ihrer Wirtschaft, andererseits — eine Garantie rücksichtsloser Unterdrückung von kulakischen Wucherpraktiken."

Man muß sich nun die Aufgabe Klara Zetkins vor Augen halten: Sie soll „beweisen", daß ein solcher Zustand auch nur mit irgend welchen Ansätzen zum Sozialismus irgend etwas zu tun hätte! Da ist es nicht verwunderlich, daß die Genossin einerseits streitet, daß durch die Legalisierung der Lohnarbeit und Landverpachtung sich Möglichkeiten eröffnen, daß diese die Reichen noch reicher werden, um im demselben Atemzuge zu behaupten, daß diese neuen Möglichkeiten die weitere Bereicherung der schon reicheren Bauern einen Schritt der Hilflosen und Wenigbegüterten" und „gewissen „ein kräftige volle Unterstützung der Entfaltung ihrer Wirtschaft" darstelle. — Also, die Armen können auch reich werden. Wer nicht mitkommt, der kann sich als Lohnarbeiter „gewerkschaftlich organisieren". Diese Möglichkeiten der Bereicherung einerseits, und andererseits der Trost für die Habenichtse, sich gewerkschaftlich organisieren zu können, ist — „eine Garantie zur rücksichtslosen Unterdrückung von kulakischen Wucherpraktiken". Dazu kommt dann noch als letzte „Garantie", daß das „Bündnis" (das heißt der Burgfrieden) der Habenichtse mit den Reichen „im Interesse der proletarischen Diktatur" — gewahrt bleiben muß. Ein schöner Heringssalat. Legalisierung der Lohnarbeit — im Interesse der Habenichtse und Reichen. Legalisierung der Pacht — im Interesse der Habenichtse und Reichen. Gewerkschaftliche Organisation im Interesse der Habenichtse und Reichen. „Proletarische Diktatur" — im Interesse der Kulaken und Proleten. — Das alles hat Mussolini schon viel schöner gesagt wie Klara Zetkin.

Eine Folge des englischen Streiks.

Der Arbeitsminister Boydel wies im südafrikanischen Kabinett bei einer Ansprache an den Kongreß der südlichen Verbände darauf hin, daß die Südafrikanische Union (die früheren Burenstaaten Transvaal und Oranjefreistaat) damit beschäftigt sei, eine eigene Eisen- und Stahlindustrie ins Leben zu rufen.

Die Südafrikanische Union besitzt Eisen-, Kupfer- und Kohlenlager und billige Arbeitskräfte. Und Europa und Amerika Maschinen und überflüssige Techniker. Die neuen Industrien der Kolonien, die stets mit moderner Technik ausgestattet werden, produzieren unter Verhältnissen von vornherein durchaus kraft im eigenen Lande und seiner bedürfnislosen Bevölkerung erschließen können und werden so stets aus Abnehmern Konkurrenten der alten kapitalistischen Staaten.

Aus der Bewegung

Die Köpenickiade

Dem Schuster Vogt gönnte bekanntlich die Tage des preußischen Hauptmanns, um Bürger und Soldaten in Ehrfurcht erschaurn zu lassen. Plemplert und Katz haben sich in die Toga des Spartakus gehüllt, um Proleten zu verdummbeuteln. Je länger jedoch dieses Theater dauerte, desto näher rückte für sie die Katastrophe. In Göttingen sollte um eine Wendung zum Besseren herbeigeführt werden. Unter dem Vorsitz des wunderlich gewordenen alten Mengers versuchte man Spartakus Nr. 3 vermittels eines gewaltsamen Eingriffes ans Tageslicht zu fördern, nachdem Spartakus Nr. 2 oben begraben war. Wie diese Zangengeburt vor sich ging, und wie das bemitleidenswerte Geschöpf enstarb, darüber unterrichtet folgender Bericht eines Delegierten:

Spartakus in Göttingen.

Spartakus ist am 20. und 21. November in Göttingen aus der Taufe gehoben, der neue Spartakus. Dieser Akt war ein einfacher und doch — beinahe — schwieriger. Es ist zur Tatsache geworden, was viele gesamt, eine neue Parteigeburt! Eine tiefe Erbitterung bescelte einen Teil seiner Geburtshelfer, denn er ist vor seiner Taufe wiedernum — bastriert, seiner Fruchtbarkeit beraubt. War das zu vermeiden, war das der Wille des überwiegenden gesamten Teiles der KP.-Opposition? Es war zu vermeiden, wenn sich die gesamte Opposition ihres Tuns vollkommen bewußt gewesen wäre, der Glaube überwiegt da noch das nüchterne Denken. Der feste Wille der Opposition das letzte Bollwerk niederzureißen, das sich der freien Kräfteentfaltung entgegenstellte, scheiterte, kapitulierte vor einem gerissenen Politikantentum. Schwäche, nichts anderes als gutmütige Schwäche. Was wird weiter daraus werden, was wird daraus, wenn diese an sich sehnt gewordene Opposition, die von der Einheitsorganisation niedergetretene Pestung, nicht zum Spielball in den Händen gerissener Schieber entwickelt? Klar und offen steht diese Frage zur Tagesordnung, und rücksichtslos, ohne Anfluge irgend eines Sentiments, muß hier der Finger in die offene Wunde gelegt werden.

Nachdem Katz sein Referat zum 1. Punkt: Politisch-wirtschaftlicher und organisatorischer Bericht, beendet und auf Antrag der 2. Punkt, nämlich die Vereinigung der KPO. mit der AAUE. auf die gemeinsame Sitzung zurückgestellt wurde, stand zur Debatte die der Opposition vorgelegten Richtlinien des neuen Spartakustondes. Die an sich nur in stilistischen Aenderungen angenommenen Richtlinien lösten sehr oft größere Debatten aus, in deren Verlauf der sozialistische Sascha Berlin, leider verhindert, erstmalig die KPD.-Politik scharfe Kritik angedeihen ließ. Anregung der roten Gewerkschaften usw. Bei dem Punkt der Ablehnung jeglicher aktiver sowie passiver Teilnahme an Parlamenten entrollt vor aller Augen das Kuriosum Oder, Hannover, gibt eine Erklärung ab für die 5-Hannoverschen Stadtverordneten, in der sie erklären, daß alle noch bestehenden Mandate der Opposition sofort niederzulegen seien, andererseits sie die organisatorischen Konsequenzen ziehen müssten. Katz hatte allerdings vorher erklärt, er sei für prinzipielle Neuerungen, das Mandate, persönliche Angelegenheiten betreffend, gegeben werden. Nach der Erklärung Oelrichs wird jetzt Katz seine prinzipielle Seite auf, die er nie verleugnet, sofort seine Phrasen an Power der Kritik liegen. Er bemängelt Oelrichs persönlichen Ehrgeiz, die kameradschaftlichen Verhältnisse zwischen ihnen sei seit den letzten 2 Wochen gestört, über deren Grunde er im Unklaren sei. Wir konnten jedoch von vornherein feststellen, daß Oehr über von Anfang an die prinzipielle Seite einer Kritik ablehnte, Oelrichs Ehrgeiz dagegen fast folgendermaßen. Es sei allgemein bekannt, daß er an keiner parlamentarischen Arbeit teilnehme, sondern seine Tätigkeit zum größten Teile für den Aufbau der Oppositionsbewegung hergebe, daß er überhaupt der Finanzmann der Bewegung sei usw. Es sei weiter bekannt, daß gegen ihn ein Verfahren schwebe, indem seine beiden Mitangeklagten bereits zum Tode verurteilt wären!?! Er hätte nicht die geringste Lust dazu (der Todeszuschrei rann ihm dabei an den Wangen herunter), würde er gezwungen sein, sein Mandat niederzulegen, so müßte er der Bewegung Valet sagen und ein Ausland. Jetzt aber sich Oehr gezwungen mit stärkerem Geschütze aufzufahren, und zwar Katz hat bei seinem ersten Maulaufreißer Dora Mulle, eine Genossin, die bisher für den Fall Oehr? Ab Beweise ohne — ! Dann hat er persönlich die Genossen unterrichtet, daß er mit dem Reichswehrministerium Verbindung aufgenommen habe, um zu erfahren, daß es nicht etwa von bestimmten Leitern der Bewegung, geschweige von leitenden Organisationen „erfunden", sondern sie wären lediglich das ureigenste Produkt der entfesselten Bewegung selbst. So die erste Etappe der eigentlichen proletarischen Bewegung in Rußland, die mit dem elementaren Ausbruch des Petersburger Riesenstreiks im Jahre 1896 einsetzte und bis zu erst die ökonomischen Massenaktionen des russischen Proletariats inaugurierte hatte. Desgleichen war die zweite Phase — die der politischen Straßendemonstrationen — ganz spontan durch die Petersburger Studentenunruhen im März 1901 eröffnet. Der weitere bedeutende Wendepunkt der Taktik, der ihr neue Horizonte zeigte, war der „von selbst" ausgebrochene Massenstreik in Rostow am Don mit seiner ad hoc improvisierten Straßenagitation, den Volksversammlungen unter freiem Himmel, den öffentlichen Ansprachen, woran der kühnste Stürmer unter den Sozialdemokraten noch wenige Jahre zuvor, als an eine Phantasterei, sich nicht zu denken gewagt hätte. In all diesen Fällen war zu Anfang „die Tat". Die Initiative und die bewußte Leitung der sozialdemokratischen Organisationen spielten eine äußerst geringe Rolle. Es lag dies jedoch nicht sowohl an der mangelhaften Vorbereitung dieser speziellen Organisationen für ihre Rolle — wenn dieses Moment in beträchtlichem Maße auch mitgewirkt haben mag —, und erst recht nicht am Fehlen dazumal in der russischen Sozialdemokratie einer allmächtigen Zentralgewalt nach dem bei Lenin entwickelten Plane. Umgekehrt, eine solche hätte höchstwahrscheinlich nur dahin gewirkt, die Unschlüssigkeit der Parteikomitees der Partei noch größer zu machen und eine Entwicklung zwischen der stürmenden Masse und der zaudernden Sozialdemokratie hervorzubringen.

Dieselbe Erscheinung: die geringe Rolle der bewußten Initiative der Parteileitungen bei der Gestaltung der Taktik läßt sich vielmehr auch in Deutschland und überall beobachten. Die Kampftaktik der Sozialdemokratie wird in ihren Hauptzügen überhaupt nicht „erfunden", sondern sie ist das Ergebnis einer fortlaufenden Reihe großer schöpferischer Akte des experimentierenden, oft elementaren Klassenkampfes. Auch hier geht das Unbewußte vor dem Bewußten, die Logik des objektiven historischen Prozesses vor der subjektiven Logik seiner Träger. Die Rolle der sozialdemokratischen Leitung ist dabei wesentlich konservativer Charakter, indem sie erfahrungsgemäß dazu tendiert, das bedeutsame, neugewonnene Terrain des Kampfes bis in die äußersten Konsequenzen auszuarbeiten und bald in eine Bollwerk gegen eine weitere Neuerung größeren Stils umzukehren. Die gegenwärtige Taktik der deutschen Sozialdemokratie wird zum Beispiel allgemein wegen ihrer merkwürdigen Vielgestaltigkeit, Biegsamkeit und zugleich Sicherheit bewundert. Das bedeutet aber nur, daß unsere Partei sich in ihrem Tageskampf wunderbar an den gegenwärtigen parlamentarischen Boden bis ins kleinste Detail angepaßt hat, daß sie das gesamte vom Parlamentarismus geboteene Kampfterrain ausnutzen kann, daß sie ihre Organisation entsprechend zu beherrschen versteht. Zugleich aber verdeckt bereits diese spezifische Gestaltung der Taktik so sehr die weiteren Horizonte, daß in hohem Maße die Neigung zur Verewigung und zur Betrachtung der parlamentarischen Taktik als der Taktik des sozialdemokratischen Kampfes schlechthin hervortritt. Bezeichnend für diese Stimmung ist z. B. die Vergeblichkeit, mit der Parvus sich seit Jahren Mühe gibt, die Debatte über eine eventuelle Neugestaltung der Taktik für den Fall der Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts in der Parteipresse zu Fluß bringen, trotzdem eine solche Eventualität von den Führern der Partei durchaus mit bitterem Ernste im Auge gefaßt wird. Diese Trägheit findet aber zum großen Teile ihre Erklärung darin, daß sich auch sehr schwer in der leeren Luft der abstrakten Spekulation die Konturen und greifbaren Formen einer noch nicht existierenden, also imaginären politischen Situation darstellen lassen. Wichtig ist auch für die Sozialdemokratie jedesmal, nicht das Vorzugsweise und Voraussetzungsvolle eines fertigen Rezeptes für die künftige Taktik, sondern die lebendige Erhaltung in der Partei der richtigen historischen Wertschätzung für die jeweilig herrschenden Kampfformen, das lebendige Gefühl für die Relativität der gegebenen Phase des Kampfes und für die notwendige Steigerung der revolutionären Momente vom Standpunkt des Endzieles des proletarischen Klassenkampfes.

Es bleibt aber, den aus diesem Wesen notwendigerweise entspringenden Konservatismus der Parteileitungen gerade deshalb in geziemender Maße potenzieren, wenn man sie mit so absoluten Machtbefugnissen negativen Charakters ausstatten wollte, wie es Lenin tut. Wie die sozialdemokratische Taktik nicht von einem Zentralkomitee, sondern von der Gesamtpartei, noch richtiger von der Gesamtbewegung geschaffen ist, so ist für einzelne Organisationen der Partei offenbar diejenige Ellenbogenfreiheit nötig, die allein die völlige Ausnutzung aller von der jeweiligen Situation gebotenen Mittel zur Potenzierung des Kampfes, sowie die Entfaltung der revolutionären Initiative ermöglicht. Der von Lenin befürwortete Ultrazentralismus scheint uns aber in seinem ganzen Wesen nicht vom positiven schöpferischen, sondern vom sterilen Nachahmungsgeiste getragen zu sein. Sein Gedankengang ist hauptsächlich auf die Kontrolle der Parteitätigkeit und nicht auf ihre Befruchtung, auf die Einengung und nicht auf die Entfaltung, auf die Schwerlegung und nicht auf die Zusammenziehung der Bewegung zugeschnitten. (Fortsetzung folgt.)

Große Büchermesse!
Gute sehr billige Bücher
weit unter Preis für jeden Arbeiter
in der Buchhandlung für Arbeiterliteratur, SO 36, Lausitzer Platz 13. — Einheitspreise: 10 Pfg., 25 Pfg., 50 Pfg. und 1 Mark.
Mengenabgabe vorbehalten
Sehr günstige Gelegenheit!

Leninismus oder Marxismus

Organisationsfragen der proletarischen Revolution.

Justiz (!) Rücksprache genommen, der um jegliche Bedenken genommen habe. Eine Verfolgung liegt nicht vor, und wäre es der Fall, so hätte ein Revolutionär eine prinzipielle Entscheidung einer taktischen vorzuziehen, das verlange hier die Reinheit der Bewegung von ihm. Katz brüllt, das tat weh! Er versucht zu retten, was es noch zu retten gibt, fällt aus dem Konzept, schlägt Purzelbäume, bis er sich selbst wieder gefangen hatte. Nachher wurde es jedem klar, warum er sich plötzlich selbst aufgab, der Retter, die Einheitsorganisation, sie stand ja noch im Hintergrunde der Ereignisse. Die Opposition gegen Katz stärkt sich, schwillt an. Die Abstimmung ergibt 23 gegen 1 Stimme für sofortige Niederlegung seines sowohl wie sämtlicher parlamentarischer Mandate.

Abends, 9 Uhr findet die gemeinschaftliche Sitzung statt. In seiner Einleitung betont Pfempfert, daß die heutige gemeinsame Kampffront vor einem Jahr noch niemand geglaubt habe. Das von der KPD. in den Staub gezogene Banner des Spartakus sei jetzt wieder vom rev. Proletariat emporgehoben, schon flattern seine Fahnen wiederum über Deutschlands Grenzen, Litauen, Tschechoslowakei usw. Es folgte die gemeinsame Weiterberatung der Richtlinien. Es machte keinen guten Eindruck, daß Pfempfert darauf bestand, daß die Genossen der bisherigen Opposition und die der Einheitsorganisation sich zusammensetzen sollten nach Fraktionen, weil er Wert darauf lege, über den Tisch herüber mit den Genossen der Einheitsorganisation in dauerndem Kontakt zu bleiben. Man wehrte sich seitens der Opposition gegen die Fraktionsmacherei, während denkende Proletarier hier wieder den schlauen Fuchs an der Arbeit sahen. Es mußte ja mit allen Mitteln Katz gerettet werden. Die antiparlamentarische Frage der Richtlinien warf jetzt wieder diese Diskussion auf. Pfempfert erklärt, daß hier bei Katz eine Ausnahme zu machen sei, daß das keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage der einfachsten Solidarität bedeute. Man würdige hier das Prinzip zu einer Farce herab und den Oppositionsgenossen solle es doch zu denken geben, daß die AAUE., die jahrelang mit dem reinen Schilde des Antiparlamentarismus gekämpft, hier keinerlei Bedenken gehabt habe, sondern einstimmig beschlossen hätten, daß Katz sein Mandat weiterhin zu behalten hätte. Es sei dieses die einzig dastehende Tatsache, daß eine rev. Organisation das Parlament wirklich einmal revolutionär ausnützt. Ein wunderbares Schauspiel, Katz nimmt den sich dem Willen der Mitgliedschaft unterordnenden „ehrlichen Führer". Was sagt er: Genossen, ich muß zu meinem größten Bedauern hier dem Gen. Pfempfert entgegentreten. Durch die scharfe Mißtrauensdebatte in der KPO.-Sitzung und nach all dem anderen, was dabei vorgefallen, besteht für mich jetzt keinerlei Möglichkeit mehr, ich lege mein Mandat nieder, kann für die Bewegung des neuen Spartakus nicht mehr arbeiten, ich muß mich jetzt ins Ausland begeben. August Merges begibt sich auf die Szene und gießt das Oel besänftigender Worte in die erregte Menge. Der Kasper des Marionettentheaters! Mit pastoraler Miene verkündet er folgendes: Genossen, ich stehe nicht in dem Verdacht opportunistischer Anwandlungen. Es hat mich riesig gefreut, daß hier zur Erkenntnis gekommene Proletarier rücksichtslos die Person vernichten. Aber um wir denn nicht ein Unrecht in puncto Solidarität. Vor einigen Jahren sagte Thälmann einmal im Reichstag: wir pfeifen auf die Gesetze. Katz, von einem bürgerlichen Parlamentarier darüber befragt, wie er darüber denke, antwortete, er wahre die Geschäftsordnung des Hauses. Heute sei dieses Verhältnis gerade umgekehrt. Es sei vollkommen gleich, welche Person hier in Betracht käme, ob sie Katz oder Liebknecht (!) heiße, hier müsse sie gerettet werden.

Der ungeheure Ekel der Komödie machte es notwendig, den Ausführungen gerade hier einen breiteren Rahmen zu geben.

Die Sprecher der Opposition lehnten darauf wiederum jegliche Revidierung ab. Gohr stellt die ganz konkrete Frage: Wird Katz der Justiz ausgeliefert? Und nach ganz gewissenhafter Prüfung muß er diese Frage mit Nein beantworten. Er belegt seine Ausführungen mit Beweisen. Mit ganz gerissenen Demagogenstücken operiert wiederum Katz, von einem Extrem ins andere fallend, unbewußt das zugebend, was er vor kurzem bestritten, anderes bestreitet, was er bereits zugegeben, z. B. Angebot seines Mandats an die Gen. Maile, Hannover. Er ersucht, eine Erklärung von Gohr zu verlangen, ob er auch dann sich nicht revidieren würde, wenn bewiesen würde, daß eine Verfolgung in Frage kommt. Doch Gohr läßt sich nicht auf diese Kniffe ein. Als ein Genosse der Einheitsorganisation ihm unterschieben will, daß er nur von Katz jetzt das verlange, weil die Mitglieder seine Mandatsniederlegung verlangt hätten, antwortet Gohr durch Zwischenruf: **Das ist so Eure Methode, die Methode Pfempfert, der ist ja weltbekannt dafür.**

Pfempfert sieht sich jetzt veranlaßt, einzulenken, er beantragt Weiterberatung der Richtlinien. Gohr verlangt eine endgültige Klärung. Es erfolgt Abstimmung, gegen 6 Stimmen wird der Antrag Pfempfert angenommen. Ein eingelaufener Antrag, die Strafverhältnisse im Falle Katz einer Untersuchungskommission von Berliner Genossen zu übertragen und solange die Angelegenheit ruhen zu lassen, wird unter Protest von 6 Stimmen angenommen. Damit war die KP.-Opposition das Rückgrat gebrochen, die Komödie hatte ihren Höchstpunkt erreicht! Gohr gab die Erklärung ab, daß unbeschadet dieser Entscheidung die Hannoverschen Stadtverordneten ihre Mandate sofort niederlegen. Revolutionäre Proletarier sind in ihrer Gläubigkeit der Niederträchtigkeit zum Opfer gefallen. Die Weiterberatung der Richtlinien vollzog sich dann in ruhiger Debatte. Noch einmal erhebt sich der Pompanz, Merges, der sich nicht schämte einen Liebknecht mit einem Katz in eine Parallele zu stellen. Er wird durch Pfempfert diktatorisch zum Präsidenten der ersten öffentlichen Tagung des Spartakusbundes bestimmt, ausgerechnet er, der alte Spartakist!

Eine jede Komödie braucht ihren dummen August, die Komödie von Göttingen hat den ihrigen gefunden. Die Generalprobe hat geklappt, nunmehr kann das Schauspiel für die Oeffentlichkeit beginnen. Sonntag! Lorbeerhain, rote Drapierung. Nun muß sich alles, alles finden. Der bürgerliche Presseschmok, die TU., die bürgerliche Presse, „Rote Fahne" und „MAZ." lassen sich vertreten. Das von Stumme wildgestiefelte Meer des vergangenen Tages hat sich geglättet. Eingeleitet werden die Feierlichkeiten durch den Kahn, dieses schon von der KPD. bekannte politische Wrack (den keiner von den anwesenden Proletariern ernst nimmt), der sich in seiner schleimigen Begrüßungsansprache folgenden Witz erlaubte: Als ein Symptom müssen wir es betrachten, daß die Taufe des ersten Spartakus sich in einer Stätte der Wissenschaft, in Heidelberg, die zweite in der Stätte der Wissenschaft in Göttingen, sich vollzog (!!). Und dann kam Aug. Merges — wie tief bis Da gesunken, daß Du Dich zum Geburtshelfer eines Wechselbalges degradiertest. Er begrüßte den zum neuen Leben erstandenen Spartakus. Es folgte die Verlesung einer Reihe von Begrüßungsschreiben, Weyer vom OIV., Schlagewerth von der Korschgruppe und noch andere senden ihre brüderlichen Grüße. Die Prätendenten der Halbheit und Schwäche, des waschechten Opportunismus und des Streberthums, als Paten, fürwahr ein böses Omen. Alsdann hielt Katz ein Referat über die wirtschaftl. u. politische Lage, sowie der Stellung zu Russland. Sein Referat sah so aus wie seine Mitteilungsblätter, man merkte ihm deutlich an, daß ihm das Referentenmaterial der KPD.-Zentrale fehlte und er aus eigenem schöpfen mußte, es war dementsprechend. Keine Spur von einer marxistischen Analyse der Krise des Kapitalismus, auch die Diskussion über sein Referat ergab nichts besseres. Dann sprach Pfempfert über das Programm und den organisatorischen Aufbau. Er sagte nichts über das Programm, wohl aus dem Grunde, weil es nichts besagt. Auch er brachte nichts weiter als scharfe Ausführungen über Rußland, die aber genau so wie bei Katz eine wirkliche historische materialistische Betrachtung, die Entwicklung von der Neo zum Kapitalismus vermissen ließ. Die Debatte ergab nichts Neues, die Opposition resignierte. So schloß der Spartakustag. Die Opposition mußte erkennen, daß an der Wiege des neuen Spartakusbundes Intriganten und Berufsrevolutionäre den Geburtshelfer spielten. Wieder fanden die Worte Hegels Erfüllung: „Alle Dinge kehren in der Geschichte zweimal wieder, das einemal als Tragödie, das anderemal als Farce. Der alte Spartakusbund ging an seinen innewohnenden Gegensätzen zugrunde. Auch der neue Spartakusbund trägt, wie aufgezeigt, den Keim innerer Zersetzung in sich. Wir, die KP.-Opposition, werden mit aller Schärfe den Kampf gegen alle Fäulnis aufnehmen, gekennzeichnet durch politisches Schieber- und Schmarotzertum, im Interesse einer wirklichen Einigung aller revolutionären Kräfte des Proletariats im Geiste Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Berlin-Weißensee

Feige Gesellen.

Zum Donnerstag, den 18. November, hatte der 18. Bezirk der KAP. und AAU. zu einer öffentlichen Versammlung nach den „Borussia-Sälen" in Weißensee aufgerufen.

Die Versammlung war gut besucht. Es waren auch viele „Rote Front- und KPD.-Anhänger erschienen. Der Referent behandelte im Thema: „Der Hunger-Winter — Erwerbslosigkeit — Was ist zu tun?", sachlich, aber kritisch. Und zeigte vor allen Dingen den Versammelten die Niedergangsepoche des Kapitalismus und die daraus sich ergebenden Konsequenzen auf. Er ging dann auf die Politik der parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften ein, sowie der „revolutionären parlamentarischen" Partei, der KPD. und ihre Beziehungen zu Rußland. An Hand von authentischem Material zeigte er, daß der Weg Rußlands der Weg des „Sozialismus" der Scheidemann, Noske und Ebert ist, den heute Bucharin und Stalin in Rußland „aufbauen". Die Konsequenz daraus sei, parlamentarisch-gewerkschaftliche Organisationen zu verlassen und die auf dem Boden des Räteprinzips stehenden Organisationen, die Allgemeine Arbeiter-Union und KAP., zu stützen und zu stärken.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung meldeten sich 2 Redner der KPD.. Der erste, Arno, bestritt die Frage der Todeskrise des Kapitals und versuchte, an lendenlahmen Beweisen eine „Stabilisierung" des kapitalistischen Systems hervorzuzaubern. Er verwickelte sich dabei speziell bei der Erwerbslosenfrage in dauernde Widersprüche. Er schimpfte weidlich auf die KAP. und beschwerte sich bei dem Referenten, daß er den Kongreß der „Merkwürdigen" als Spießbürgerkongreß tituliert hatte.

Als zweiter Redner trat ein gewisser Jenoschke in Erscheinung. Er war die typische, kleinbürgerliche Gewerkschaftsfigur. Angeblich früheres Mitglied der Allgemeinen Arbeiter-Union. (Was ja zum größten Teil alle KPD.-Redner sind, trotzdem sie die Union noch nicht mal gerochen, viel weniger in ihr gearbeitet haben.) Von seiner langen Rede kurzer Sinn ist ein Satz bezeichnend, und das ist der: die Hyänen des Schlachtfeldes (damit meinte er die KAP.-Genossen in Weißensee) sollen nicht denken, daß in Weißensee wegen der Opposition etwas zu machen sei." —

Nach diesem Redner wurde von einem Hinze ein Zettel zur Wortmeldung heraufgereicht. Der Versammlungsleiter nahm an, daß es sich hierbei um einen ehrlichen Diskussionsredner handelte. Dieser Bursche forderte die Versammlung auf, die „Wüstenprediger unter sich zu lassen". Unter Gebrüll und Tumult verließen dann die Elektrtreuen „Hyänen des Schlachtfeldes" den Saal. **Die geschlagenen Feiglinge brachten nicht mal den Mut auf, dem Schlußwort des Referenten standzuhalten, in welchem dieser die Feigheit dieser „Revolutionäre" kennzeichnete.**

Weißense ist nicht von einer chinesischen Mauer umgeben, wo die Wahrheit über Rußland und über die bolschewisierte Partei nicht hinwegkime. Die „Rationalisierung der Betriebe" macht ebenfalls nicht Halt vor Weißensee, wie auch die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse überhaupt. Also fehlt nur noch die Umwälzung der Arbeiterhirne von der reformistischen Ideologie zur revolutionären. Diese zu beschleunigen, zu fördern, das ist Aufgabe der KAP. und AAU.! — Die KAP. und AAU. werden diese Aufgabe lösen und mit ihr zusammen arbeitet die Zeit und — die Wahrheit.

Kassel

Oeffentliche Versammlungen.

Am Donnerstag, den 18. November, fand in Cassel eine Versammlung statt, in welcher es Mitglieder der Erwerbslosenkommission wagten, der „Kommunistischen Partei Deutschlands" einmal die Wahrheit zu sagen. Die Versammlung wurde zwar nicht von KAP.-Mitgliedern einberufen, jedoch sprachen in der Diskussion 2 Leser der „KAZ." im Sinne der KAPD. Das Thema lautete: „Erwerbslosen-Werktätigenkongreß und die korrumpierte KPD." Der Referent, ein Klassengenosse W., beherrschte leider nicht einwandfrei das Thema. So war die Situation eine heikle und wurde nur durch die sachlich scharfe Diskussion der schon erwähnten „KAZ."-Leser wenigstens so weit gerettet, daß die KPD.-Getreuen, welche, wenn sie auch nich ausschließlich den Saal füllten, so doch in der Mehrheit waren, nicht auf ihre Kosten kamen. — In der Diskussion sprach als Erster der Parteisekretär L. der KPD., Bezirk Hessen-Waldeck. Er drosch die „ollen Kamellen", Revolutionierung der Gewerkschaften, sprach sogar von Industrieverbänden- revolutionärem „Aufstand", Zersetzung der Schupo und Reichswehr, hieb „kräftig" auf den Referenten ein, und man sah, daß er mit seinem Anhang nur gekommen war, um als „Redner" zu glänzen. Er würzte sein sage und schreibe 2-Stunden-Referat mit der Komik eines „kölschen Tünnes" und ging dann schmunzelnd als „Hahn im Korbe" an seinen Platz zurück, mit dem Bewußtsein: „Ich bin ein Held", denen habe ich's einmal gesteckt! — Als zweiter Diskussionsredner sprach ein Leser der „KAZ.", Genosse S. Er ging auf die Ausführungen des „kommunistischen" Parteisekretärs ein, sagte ihm, daß er an eine Revolutionierung der Gewerkschaften doch wohl selbst nicht glaubt, griff das Schlagwort „Aufstand" heraus und hatte damit ins „kommunistische" Wespennest gestochen. Er fragte den Parteitünnes, ob er seinen „Aufstand" mit der großen Panke und dem Tsingbumtara des RFB. machen wollte. Ein allgemeines Geschrei unterbrach minutenlang den Redner. Genosse S. geißelte dann spezialisiert den sogenannten Kongreß der „Werktätigen" im Lichte des Marxismus, kennzeichnete den Weg der KPD. in den Sumpf des Reformismus und legte klar, daß die KP. nicht mehr das Recht habe, als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse angesehen zu werden. In manchen Punkten (natürlich nur in jenen, wo der Redner die „geheiligte KPD. nicht direkt angriff) nickte der Parteisekretär sogar zustimmend. Genosse S. beendete seine Ausführungen, daß die 1921 in Cassel zerschlagene KAPD. sehr bald wieder neu erstehen wird und wünschte der KPD. glückliche Reise zur SPD. Außerdem sprach noch Genosse Schm. Als letzter sprach der Geschäftsführer des RFB., Bezirk Cassel. Als wissender, marxistisch geschulter Mensch (mit dem an Stelle des Parteisekretärs der KPD. eine sachliche Auseinandersetzung wohl möglich gewesen wäre), versuchte er die Ausführungen des „KAZ."Lesers, Gen. S., demagogisch zu entkräften, indem er das im Sperrdruck stehende Zitat Lenins (Leninbroschüre), als **nicht von Lenin geschrieben bezeichnete,** was ihm aber nicht gelang.

Im Schlußwort versuchte der Referent W. zu verbessern, was er in seinem Referat unklar und mangelhaft vorbrachte.

Die erzrevolutionären „Syndikalisten" glänzten, wie in jeder öffentlichen Versammlung, als Mauerblümchen, als die altbekannten Duckmäuser, die mit besonders gespanntem „Trommelfell" zuhörten, ob nicht etwa von einer Seite „Mist" verzapft wird. Diese dröligen Kerle wagten es nicht, trotzdem der Partei„tünnes" der KPD. sie „scharf" angriff, aus ihrer Lethargie herauszugehen, um ihm auf das Fell zu klopfen. Echt aristokratisch gaben sie sich mit dem Gedanken zufrieden: „Was ein Esel spricht, das acht ich nicht." Ihre Angst, ihr Lampenfieber, nicht reden zu können, ist jedesmal da zu Hause, wo es nicht angebracht ist. Stundenlang „schnattern" diese syndikalistischen Gäse, am Arbeitsamt Cassels vom Syndikalismus, und mit prüfender Miene mustern sie jeden, der nach ihrer Meinung „Bockmist" in einer Versammlung gemacht hat, Reden ist Silber und Schweigen ist Gold. Mit dieser Parole legen sie sich schlafen, stehen sie auf und sehen der Zukunft entgegen, im festen Glauben, damit ihre Organisation zu stärken. Die Feigheit sitzt bei ihnen in allen Poren. — Cassel ist ein großes Dorf, schwer zu bearbeitende Klassengenossen, aber grundsätzlich und in diesem Bewußt sein gehen wir an die Arbeit.

Mitteilungen

Wirtschaftsbezirkskonferenz Rheinland-Westfalen.

Am Sonntag, den 12. Dezember 1926, vorm. 9 Uhr, findet in Düsseldorf eine Bezirkskonferenz der KAPD. statt. Sämtliche Ortsgruppen müssen Delegierte schicken. Lokal ist im Rundschreiben bekanntgegeben.

Tagesordnung: 1. Wirtschaftliche und politische Lage und unsere Aufgaben. — 2. Die Krise der KPD. — 3. Erwerbslosenfrage. — 4. Organisatorisches. — a) Geschäftsbericht und Kassenbericht der Bezirksleitung. — b)Berichte der Ortsgruppen. — c) Verbindung. — d) Presse. — e) Agitation. — 5. Verschiedenes.

Antrag der Ortsgruppe Elberfeld-Ronsdorf.

Die Ortsgruppe Elberfeld-Ronsdorf beantragt, den Beschluß der vorletzten Bezirkskonferenz: pro arbeitendes Mitglied und Monat eine Mark Extrabeitrag, dahingehend abzuändern, daß 50 Pfg. an die Bezirksleitung und 50 Pfg. an die Ortsgruppen abgeführt werden.

I. A.: Die Bezirksleitung.

Mitteldeutschland und Sachsen.

Ortsgruppe Halle.

Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7,30 Uhr, im „Volkspark", Burgstraße: Oeffentlicher Diskussionsabend. — Thema: „Revolutionärer Parlamentarismus oder revolutionärer Klassenkampf, Gewerkschaften oder Union?" Alle oppositionellen KPD.- und KPD.-Mitglieder sind hierzu eingeladen.

Ortsgruppe Chemnitz.

Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7,30 Uhr, im Lokal „Sächsische Krone", Dresdener-, Ecke Lessingstraße: Oeffentlicher Diskussionsabend. Thema: „Fachgewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union?" Sympathisierende sind willkommen.

Ortsgruppe Leipzig.

Jeden Donnerstag, abends 7,30 Uhr, öffentliche Diskussionsabende im „Schloß Lindenfels", Karl Heinestr. Referate und freie Aussprache über die brennendsten Fragen des Klassenkampfes.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Schu, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isenbeck, Berlin O. 17, Langestraße 79.

Die revolutionäre Presse

ist die unersetzliche Waffe in den Händen des revolutionären Arbeiters.

Kein Preis darf zu hoch sein

um sie zu stützen und auszubauen. Ihr Kampf ist euer Kampf, ihre Not eure Not.

Unterstützt die „KAZ."

durch Sammlungen für den Pressefonds, durch Werbung neuer Leser und ihr kämpft mit ihr

für die Revolution!

DER „PROLETARIER"

vertritt in Deutschland als einzige kommunistische Monatsschrift den revolutionären Marxismus. Er wird von Arbeitern geschrieben und dient nicht Führerinteressen, sondern nur dem proletarischen Befreiungskampf. Die Spalten der Monatsschrift stehen jedem zur Mitarbeit offen, der für den Kommunismus wirken oder sich mit seinen Grundsätzen und seiner Taktik auseinandersetzen will. Auf den Inhalt des Jahrgangs 1926 sei durch die folgenden Themen hingewiesen: Der engl. Streik / Genf und die Arbeiterklasse / Das Wirtschafts-Programm der Gewerkschaften und des Industriekapitals / Zollfragen und die Arbeiterklasse / Paneuropa / Amerika u. das sterbende Europa / Der Ursprung der K.P.D. / Das Agrarproblem / Die Krise in der bolschewistischen Partei Rußlands / Silvio Gesell und die proletarische Revolution.

Das Einzelheft Mk. 0.50

Zu beziehen durch alle Funktionäre der K.A.P.D. und der Allgem. Arbeiter-Union oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Revolutionäre Arbeiter lesen den

„PROLETARIER"

7. Jahrg. Nr. 95 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Dezember 1926. Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Zwischen zwei Fronten

Zur Tagung des „Kongresses der Werktätigen".

„Es gibt nur einen Ausweg, der nicht die Macht der Kapitalisten stärkt, sondern zur Befreiung der Ausgebeuteten führt:

Zusammenschluß und Einheit des ganzen werktätigen Volkes im Kampfe um seine Existenzforderungen!

Deshalb rufen wir zum Kongreß der Werktätigen!

Der Kongreß der Werktätigen soll alle Anstrengungen der unterdrückten und leidenden Massen zu einem einheitlichen Kampfprogramm zusammenfassen. Er soll die Herzen von Millionen und aber Millionen Verzweifelter mit neuer Kampfkraft erfüllen, er soll gemeinsame Organe aller Schichten des werktätigen Volkes zur Abwehr und zum Gegenangriff gegen die vereinte Offensive der Kapitalisten und Reaktionäre schaffen. („Manifest", „R. F." vom 12. 9. 1926.)

Eines ist klar ersichtlich: Das Versagen der SPD. und der Gewerkschaften. Aber deren Versagen ist das Versagen der reformistischen Taktik überhaupt. Was nun? — Diese Frage steht vor jedem Arbeiter. Die Tretmühle der kapitalistischen Rationalisierung zermalmt rücksichtslos ihre Opfer. Die Massenarbeitslosigkeit ist zur natürlichen Begleiterscheinung der imperialistischen Phase des Kapitalismus geworden. Die Neuorientierung der Arbeiterbewegung ist unumgänglich geworden.

Die Gewerkschaften versagen naturgemäß in allen Tageskämpfen der Arbeiter. Denn der reformistische „Kampf" bedingt die Unterordnung unter die nationalen Interessen der Volkswirtschaft, von deren Konjunktur auch die Konjunktur der Ware Arbeitskraft abhängig. So ist z. B. die Rationalisierung im Interesse der deutschen Wirtschaft — des Profits — notwendig, um unter günstigeren Bedingungen auf dem Weltmarkt konkurieren zu können. Vom reformistischen Standpunkt der Identität der nationalen kapitalistischen und proletarischen Interessen ist daher die Rationalisierung erforderlich. Denn: würde die Rationalisierung vereitelt, dann wäre die Konkurrenzmöglichkeit vermindert oder unmöglich; die Wirtschaft würde zusammenbrechen — und die Leiden der Arbeiterschaft wären noch tausendfach verschlimmert. Damit kann man auch die Bewilligung der Kriegskredite, die Unterstützung deutscher Annektionsabsichten, des U-Bootkrieges, deutscher Annektionsabsichten, des U-Bootkrieges, Schupo, Reichswehr, Zuchthäuser usw. verteidigen.

Der „Kongreß der Werktätigen" soll nun, nachdem der ADGB. immer „mußte", aber nicht wollte und konnte, ein einheitliches Kampfprogramm des ganzen werktätigen Volkes im Kämpfe um seine Existenzforderungen aufstellen. Und wir zweifeln nicht daran, daß er ein sogenanntes „Kampfprogramm" aufstellen wird. Dafür will uns die ganze Vorbereitung und Zusammensetzung dieses Kongresses bürgen. Die Zusammengewürfelte Gesellschaft von christlich-sozialen Organisationen, von Verbänden und Vereinigungen der Handel- und Gewerbetreibenden, von bäuerlichen Organisationen usw. wird auch sicherlich „gemeinsame Organe aller Schichten des werktätigen Volkes" wählen. Die ehrlichen Arbeiter- und Arbeitslosen-Vertreter werden in der Gesellschaft der Vertreter von bürgerlichen Stadt-, Gemeinde- und Dorfvertretern schließlich doch ein wenig nachdenklich werden, wenn man ihnen die verschiedensten „Kampfforderungen" der Kleinbürger brühwarm präsentiert.

Oder sollten sie von einer geschickten Szenerie so sehr mitgenommen sein, daß ihnen gar nicht die Frage aufsteigt: wie können denn diese mit Kleinbürgern, Christen, Republikanern, Pazifisten und dem Oberbürgermeister von Düsseldorf geschaffenen Organe „zur Abwehr und zum Gegenangriff gegen die vereinte Offensive der Kapitalisten und Reaktionäre" (d. h. für den Sozialismus) praktisch in Funktion treten, ohne daß sie im Erinstfall platzen? Allerdings würden sie und die Arbeiter, die etwas für sich von dieser Tagung erwarten, mit dieser Frage dem Kernpunkt näher kommen: die daran beteiligten Organisationen, mögen sie sich „kommunistisch" oder „rot" schimpfen, wollen ja garnicht den einzigen Ausweg der sozialen Revolution beschreiten!

Die Arbeiterklasse hat aber heute zwischen zwei Fronten zu wählen: reformistisches Manöver und kapitalistische Barbarei oder revolutionärer Kampf und Sieg des Sozialismus! Seitdem der Kapitalismus auf seine Absatzschranken gestoßen ist, ist es mit einer Konjunktur im weltwirtschaftlichen Sinne aus. Die internationale Unmöglichkeit der vollen Ausnützung des Kapitals und der vorhandenen Produktionsanlagen bedingt Wirtschaftskrisen, verstärkte Kapitalkonzentration, und verschärften Konkurrenzkampf. Konjunkturmöglichkeiten sind deshalb gering und nur durch Ueberflügelung eines Gegners möglich, z. B. im englischen Bergarbeiterstreik. Aber selbst bei der vorübergehenden günstigen Konjunktur im deutschen Bergbau versagte der „gewerkschaftliche Kampf" vollkommen. Bei geleerten Haldenbeständen, riesigen Preisaufschlägen, geringer Arbeitereinstellung, intensivster Arbeitshetze mit großen Krankheits- und Unglücksziffern — 4 Prozent Lohnerhöhung, die nicht im geringsten die vergrößerte Arbeitsleistung ausgleicht und doch bei Zurückgehen der Konjunktur mindestens im selben Maße illusorisch wird. Früher war es den Gewerkschaften möglich, unter günstigen Bedingungen gegenüber dem einzelnen Unternehmer Erfolge zu erzielen. Heute ist der gewerkschaftliche Berufskampf gegenüber dem vertrusteten Kapital illusorisch.

Die Ueberwindung und Vernichtung der jahrzehntelangen gewerkschaftlichen und parlamentarischen Tradition ist die Voraussetzung für die revolutionäre Wiedergeburt der Arbeiterbewegung. Doch der „Kongreß der Werktätigen" stärkt die reformistischen Illusionen innerhalb der Arbeiterschaft. Er soll, wie das Manifest des revolutionären Ausschusses kundtut, Forderungen für Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung — auch durch „Verhinderung jeder Preissteigerung für Lebens-

Die Tragödie in England

Dieser Tage spielt die letzte Szene der Tragödie der englischen Bergarbeiter. Gleichgültig ist, ob ein verzweifelter Guerillakrieg eine vollkommene Unterwerfung im Moment noch hinausschiebt. Gleichgültig ist, mit welchen Gefühlen die englischen Kumpels die verlängerte Arbeitszeit, die gekürzten Löhne, und den vorderhand ungeschmälerten Triumpf der Grubengewaltigen hinnehmen. Entscheidend ist, daß diese verzweifelte Kraftanstrengung, diese musterhafte Disziplin, diese unbeschreibliche Selbstaufopferung nicht genügte, um auch nur die elementarsten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Die englischen Bergarbeiter kehren bedingungslos in die Sielen zurück, und lassen den besten Teil ihrer Kameraden als Gemaßregelte auf der Strecke. Sie sind vom Hunger besiegt.

Es ist ganz charakteristisch, daß die sogenannten „Arbeiterparteien" sich resigniert abwenden von diesem Schauspiel. Die deutschen Gewerkschaften haben ohne-hin in letzter Zeit laut nach Beendigung dieses Konflikts geschrien. Es war die Angst, daß die bedingungslos niedergetretenen von der Verzweiflung noch einmal aufgerüttelt, „Dummheiten" machen könnten. Der proletarische Riese ist nun einmal unberechenbar. Ein nochmaliges Aufbäumen des geschlagenen Riesen, dem die Verzweiflung vielleicht Riesenkräfte verliehen hätte, wäre ein nicht zu parierender Schlag gewesen. In einem offenen Konflikt mit der kapitalistischen Staatsmacht wären die Masken der Gewerkschaften und Sozialdemokratien aller Länder erbarmungslos heruntergerissen worden.

Dieser englische Kampf hat die Niederträchtigkeit der Gewerkschaften und des „Internationalismus" der zweiten und dritten Internationale in seiner ganzen Größe offenbart. Die „Internationalität" der Gewerkschaften bestand darin, daß sie ihr Geld gegen gute Zinsen verliehen, wie es der arme Schächer vom Wucherer bekommt. Soweit die Proleten ein Schärflein für die durch den Streik gegebene Konjunktur geben wollten, um ihre „Solidarität" zu beweisen, durften reguläre Beiträge nicht angerührt werden. Diese sind ein für allemal für die Kassenschränke der Gewerkschaftsbanken bestimmt. Dafür, daß die deutschen Proleten den „englischen Brüdern" die Arbeit fortnahmen, dafür, daß die Kohlenbarone riesige Geschäfte machen konnten, dafür, daß die Kohlenkumpels sich einem kaum glaublichen Schwitzsystem unterwerfen durften, die Zahl der Unglücksfälle mit dem Steigen der Aktien wetteiferte — dafür durften die Arbeiter extra bezahlen. Die Gewerkschaften bezahlen noch nicht einmal die Judassilberlinge selbst.

Während der Konjunktur im deutschen Bergbau gab es nicht die geringste Ausnützung dieser Konjunktur im Sinne einer Kürzung der Schichten oder Erhöhung der Löhne im deutschen Bergbau. Es ist sonst das A und O der reformistischen Drahtzieher, daß sie dem Kapital „abzwingen", was irgend möglich ist. Nach jedem abgewürgten Streik lautet die Parole: Rüstet zum günstigeren Zeitpunkt". Niemals war dieser Zeitpunkt so günstig, als während des englischen Bergarbeiterstreiks. Aber die Gewerkschaften können in keinem Falle die Brüste abschneiden, an denen sie saugen. Sie haben auf eine Konjunktur gelechzt, lechzen nach einem „gesunden" Kapitalismus. Die Konjunktur war und ist noch in höchster Blüte. Sie denken nicht daran, ihrem Kapital „Schwierigkeiten" zu bereiten. Sie wissen, daß selbst diese Konjunktur nicht genügte, die Krise zu beheben. Die Arbeitslosigkeit ist trotzdem geblieben, und steigt weiter. Jeder Versuch, die Konjunktur auszunützen, die Siebenstundenschicht zu erzwingen, die Erhöhung der Löhne zu erzwingen durch einen Streik bedeutet heute, den verzweifelten Kampf des sich in der Krise windenden Kapitalismus zu verschärfen, bedeutet ferner die Notwendigkeit für das Kapital mit sofortigen Repressalien, mit offener Brutalität zu antworten. Die Lohn- und Arbeitskämpfe in der heutigen Epoche stoßen — wenn sie größeren Umfang annehmen, sofort auf die Gewalt der kapitalistischen Staatsmacht. Ein gemeinsamer Kampf der englischen und deutschen Bergarbeiter wäre durch die Solidarität der englischen und deutschen Kapitalisten sofort über den Charakter eines Lohnkampfes hinausgetrieben worden, und hätte die kapitalistische Krise weiter verschärft. In der Erkenntnis dieser Sachlage gab es für die Gewerkschaften nur eine „Solidarität", den großzügig organisierten Streikbruch.

Dieses Ziel, den Kampf der englischen Bergarbeiter von vornherein vollkommen zu isolieren, war auch das der englischen Gewerkschaften. In dem Moment, wo der Generalstreik abgewürgt war, war die Frage so gestellt, wer letzten Endes durch den Hunger kapitulieren muß, die Kapitalisten oder die Arbeiter. Das Geschrei der „Roten Fahne", „der Kampf geht weiter", ist das Geschrei gewissenloser Politikanten. Gewiß „geht" ein solcher Streik „weiter". Aber wohin muß er letzten Endes gehen? Er muß letzten Endes mit der Katastrophe enden. Nun da die Katastrophe da ist, kann auch das englisch-russische Geschäft wieder ungestört weiter gehen. Die Haltung Moskaus, das mit keinem Wort den englischen Arbeitern das Geheimnis verriet, daß nur der offene ungesetzliche revolutionäre Kampf zum Sturz des Kapitalismus einen Sinn haben kann, sondern das mit bombastischen Phrasen die englische Arbeiterklasse und damit das gesamte Proletariat in einer hoffnungslosen Illusion über den Ausgang eines isolierten Arbeitskampfes wiegte, war gerade die Hilfe, die die Gewerkschaften nötig hatten, um ihren Verrat zu einem erfolgreichen für das Kapital zu machen.

Durch die Niederlage der englischen Bergarbeiter wird die neue Welle der Kapitalsoffensive ihren schwarzen Schatten bald auch über das liebe deutsche Vaterland werfen. Der neue einsetzende Konkurrenzkampf des englischen Kapitals wird die Situation noch „ungünstiger" gestalten, wie sie schon ist. Weitere Rationalisierung, weiterer Lohnabbau, werden die Folgen sein, wird der Lohn dafür sein, den „bewährten" Gewerkschaften die „Treue" zu halten. Ob so oder so: Durch keine Hundedemut, durch keinen Verrat wird die Krise des internationalen Kapitalismus gebannt werden, und die aus dieser Krise geborene Offensive des Kapitals gegen das internationale Proletariat.

Bis das Proletariat nach vergeblichen verzweifelten Versuchen sich im Kapitalismus häuslich einzurichten, in dem Orkan der Kapitalskrise die Stimme der Revolution vernimmt und sich erhebt, trotz aller kapitalistischen Helfershelfer. Und dieses Erheben wird schon an sich ein vernichtender Schlag gegen die verräterischen Gewerkschaften und ihre Zutreiber sein. Die Arbeiter, die dies nach der Tragödie in England noch nicht begriffen haben sollten, sie werden es durch die eigene Tragödie begreifen.